



Soziale Grundsätze

der

Evangelisch-methodistischen Kirche



Neufassung 2024

Soziale Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche – Neufassung 2024. Angenommen bei der Tagung der Generalkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Charlotte (North Carolina, USA) im Mai 2024.

Originaltitel: The United Methodist Social Principles, as adopted by General Conference, Charlotte 2024.
All rights reserved. Used by permission.

Aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Jonathan Whitlock sowie Ulrike und Christof Voigt. Der für die Zentralkonferenz in Deutschland gültige Text wurde von der Zentralkonferenz Deutschland der Evangelisch-methodistischen Kirche bei deren Tagung vom 12. bis 16. Februar 2025 in Würzburg verabschiedet. Die Fußnoten mit erklärenden Informationen zum Text der Sozialen Grundsätze wurden von der Übersetzungsgruppe ergänzt.

Bibelzitate folgen, wenn nicht anders angegeben, der Luther-Übersetzung (2017/1984).

Hinweis:

Die Sozialen Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche sind Teil der »Verfassung, Lehre und Ordnung der Evangelisch-methodistischen Kirche« (VLO). Sie finden sich dort unter der eigenen Rubrik »IV Die Sozialen Grundsätze«. Die hier vorliegende Neufassung ersetzt den bisherigen Text der deutschen Fassung der VLO von 2022 auf den Seiten 69 bis 97 mit den Artikeln 160 bis 165.

Die Titelgrafik dieser Veröffentlichung ist der englischen Fassung der Sozialen Grundsätze – The United Methodist Social Principles – entnommen. In grafischer Form ist darin das Motto »Living Faith, Seeking Justice, Pursuing Peace« umgesetzt, das vom General Board of Church and Society verwendet wird. In Deutschland firmiert dieser Bereich kirchlicher Arbeit unter Diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung sowie Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Fassungen in Englisch und in weiteren Sprachen:
<https://www.resourceumc.org/en/content/united-methodist-social-principles-as-adopted-by-general-conference>

Lektorat und Layout: Klaus Ulrich Ruof
© 2025 Evangelisch-methodistische Kirche
Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Dielmannstraße 26, 60599 Frankfurt am Main

Auch erschienen als Heft 49 in der Reihe »EmK-Forum«.
Zu beziehen bei Blessings 4 you GmbH, Postfach 311141,
70471 Stuttgart – www.blessings4you.de



INHALTSVERZEICHNIS

GELEITWORT	7
VORWORT	9
PRÄAMBEL	11
GEMEINSCHAFT DER GESAMTEN SCHÖPFUNG	15
VORWORT	15
SCHÖPFUNG IN GEFAHR	15
A. Zerstörung von Ökosystemen	16
B. Globale Erwärmung und Klimawandel	16
C. Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen	16
VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG	17
A. Umweltbedingter Rassismus	17
B. Nachhaltige Politik und Praxis	18
C. Recht auf angemessene Ernährung	18
D. Fürsorge für alle Geschöpfe	19
E. Schutz des Weltraums	20
F. Die Bejahung von Wissenschaft und von traditioneller Weisheit	20
DIE WIRTSCHAFTLICHE GEMEINSCHAFT	21
VORWORT	21
WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN	21
A. Globalisierung	21
B. Armut und Einkommensungleichheit	22
C. Menschenhandel und Sklaverei	22
D. Bestechung, Bestechlichkeit und Korruption	23
WIRTSCHAFTLICHE GERECHTIGKEIT	24
A. Verantwortungsvoller Konsum	24
B. Ackerbau und landwirtschaftliche Produktion	25

C. Die Würde der Arbeit	26
D. Sonntag und Zeit für Erneuerung	26
E. Soziale Verantwortung von Unternehmen	27
DIE SOZIALE GEMEINSCHAFT	29
VORWORT	29
DIE FÜRSORGLICHE GEMEINSCHAFT	29
A. Die Familie	29
B. Singles	30
C. Menschliche Sexualität	30
D. Ehe	31
D.1 Kinderehe	31
D.2 Vielehe	31
D.3 Ehescheidung	32
ANDERE SOZIALE THEMEN	32
A. Drogenmissbrauch, Alkohol und Tabak	32
B. Mobbing und andere Formen von Gewalt	33
C. Kolonialismus, Neokolonialismus und deren Folgen	33
D. Sterben in Würde	34
D.1 Treue Fürsorge für Sterbende	34
D.2 Sterbehilfe und Suizid	35
E. Glücksspiel	35
F. Geschlechterfairness und Diversität	36
G. Medien und Kommunikationstechnologien	36
H. Pornographie	37
I. Medizinisches Experimentieren und Forschung	37
J. Organspende und Transplantation	38
K. Reproduktionsmedizin und Abtreibung	38
L. Rassismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus und Tribalismus	40
M. Sexuelle Belästigung, Missbrauch und Gewalt	40

DIE POLITISCHE GEMEINSCHAFT	43
VORWORT	43
AUFGABEN DES STAATES	43
A. Kirche und Staat	43
B. Ziviler Ungehorsam	44
C. Opferorientierte Justiz	44
D. Die Todesstrafe	45
E. Strafrecht	46
F. Krieg und Militärdienst	46
GRUND- UND MENSCHENRECHTE	48
A. Gesundheitsversorgung	49
B. Kinder und Jugend	49
C. Ältere Menschen und das Altern	50
D. Frauen und Mädchen	50
E. Männer und Jungen	51
F. Indigene Gemeinschaften	51
G. Migration, Einwanderung und Flucht	52
H. Menschen mit Behinderungen	52
I. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten	53
J. Religiöse Minderheiten	53
UNSER SOZIALES BEKENNTNIS	55

GELEITWORT

»To reform the nation«¹ – die Nation, das Land verändern. Das hat John Wesley schon früh als eines der wichtigsten Ziele der methodistischen Bewegung benannt. In der Verfassung, Lehre und Ordnung der Evangelisch-methodistischen Kirche, kurz VLO, wird dieses Ziel noch einmal deutlich erweitert beschrieben: »Die Kirche hat den Auftrag, Menschen zu Jüngern und Jüngerinnen Jesu Christi zu machen, um so die Welt zu verändern.«²

Das sind weitreichende Aussagen mit einem hohen Anspruch. Seit 1972 versuchen die Sozialen Grundsätze, sich diesem Anspruch zu stellen und durchzubuchstabieren, was es in den politischen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen bedeutet, Jesus konkret nachzufolgen. Notwendigerweise muss so ein Dokument immer wieder aktualisiert werden, weil sich Zeiten, Herausforderungen und Erkenntnisse verändern.

Wir begrüßen es sehr, dass nun eine neue Fassung dieses wichtigen Textes vorliegt. Die Initiative zu einer grundlegenden Überarbeitung ging vor einigen Jahren von den drei europäischen Zentralkonferenzen aus. Die Sozialen Grundsätze sollten einerseits im Sinn von Leitlinien Verschlankung erfahren und zugleich von vielen Bezügen entlastet werden, die nur im US-amerikanischen Kontext Bedeutung hatten.

Unter der Federführung des General Board of Church and Society, das im Wesentlichen Themen aus den Bereichen Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung bearbeitet, wurde die nun vorliegende Fassung von Personen aus vier Kontinenten und unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten als Text aus einem Guss vollständig neu geschrieben.

Ein engagiertes Team hat den von der Generalkonferenz 2024 beschlossenen englischsprachigen Text in kurzer Zeit genau und einfühlsam ins Deutsche übersetzt, ohne den Versuch zu machen, alles noch besser sagen zu wollen. Nur an ganz wenigen Stellen wurde der Wortlaut behutsam an unseren Kontext angepasst. Dies ist jeweils in Fußnoten vermerkt. Die neue Fassung trägt auch den jüngeren Entwicklungen bei sexualethischen Themen Rechnung, die wir in Deutschland bereits vor drei Jahren auf den Weg brachten.

Kein Methodist, keine Methodistin muss alles für richtig halten, was in diesem Dokument steht. Es geht um Grundsätze, an denen man sich reiben darf. Die Sozialen Grundsätze sind ein guter Text, um herauszufinden, wie der Methodismus gesellschaftspolitisch und ethisch »tickt«. Gerade dort, wo jemand die Argumentation nicht teilt oder nicht gründlich genug findet, lädt der Text zum Gespräch ein, zur gemeinsamen Wahrheitssuche auch im Widerspruch. Oder besser: Er lädt zu gemeinsamer Suche nach tätig gelebter Liebe ein und dazu, dies gemeinsam einzuüben. Denn im

1 Large Minutes Q.3, Works of John Wesley 10, 845.

2 Ende des Artikels 120 VLO.

Methodismus ist tätige, klug gelebte, verändernde Liebe immer wichtiger als möglichst korrekte Wahrheitserkenntnis.

Unser Dank gilt dem Übersetzungsteam (Ulrike und Christof Voigt, Jonathan Whitlock) und Tilmann Sticher als Mitglied im General Board of Church and Society. Unser Dank gilt auch der Fachgruppe Innere Dienste, die den Prozess der Übersetzung im Kontakt mit der Zentralkonferenz Mittel- und Südeuropa angestoßen und koordiniert hat. Darüber hinaus gab es viele Personen aus unterschiedlichen Bereichen unserer Kirche, die an der Entstehung dieser neuen Fassung mitwirkten. Danke.

Unser Wunsch ist es, dass die Neufassung der Sozialen Grundsätze viele Denk- und Gesprächsprozesse anstößt, in unserer Kirche und darüber hinaus – als Modell, christliche Liebe in allen Bereichen des Lebens zu buchstabieren und zu leben.

Frankfurt, im April 2025
Bischof Harald Rückert
Bischof Werner Philipp, D.Min.

VORWORT

Das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit ist in der Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche und ihrer Vorgängerkirchen tief verwurzelt. Ihre Kirchenglieder haben immer wieder klar und deutlich zu kontroversen Themen Stellung bezogen, die christliche Grundüberzeugungen berühren. Der Gründer des Methodismus, John Wesley, übte nicht nur Taten der Barmherzigkeit, sondern sprach sich gegen Tierquälerei, die Ausbeutung der Armen und einen unwürdigen Umgang mit Menschen aus. Im Sinne Wesleys betonten schon die ersten Methodist*innen ihre Ablehnung des Sklavenhandels, des Schmuggels und der grausamen Behandlung Gefangener. Dementsprechend verurteilte die Kirche der Vereinigten Brüder in Christo die Sklaverei.

Im Jahr 1908 nahm die Bischöfliche Methodistenkirche (Nord) als erste Kirche ein soziales Bekenntnis an, das »gleiche Rechte und vollkommene Gerechtigkeit für alle Menschen in allen Lebenssituationen« einfordert. Im folgenden Jahrzehnt verabschiedeten die Bischöfliche Methodistenkirche (Süd) und die Methodistische Protestantische Kirche ähnliche Erklärungen. 1946, beim Zusammenschluss der Kirche der Vereinigten Brüder in Christo und der Evangelischen Gemeinschaft, nahm die Evangelische Gemeinschaft eine Erklärung zu sozialen Grundsätzen an. 1972 – vier Jahre nach dem Zusammenschluss der Methodistenkirche und der Evangelischen Gemeinschaft im Jahr 1968 – beschloss die Generalkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche eine Neufassung der Sozialen Grundsätze, die 1976 und dann durch jede nachfolgende Generalkonferenz revidiert wurden. Im Jahr 2008 fügte die Generalkonferenz dem Sozialen Bekenntnis ein liturgisches Wechselgebet hinzu.

Die Sozialen Grundsätze gelten nicht als Kirchenrecht. Sie sind eine von Gebet und Ernsthaftigkeit getragene Bemühung der Generalkonferenz, von einer soliden biblischen und theologischen Grundlage aus auf Fragen der gegenwärtigen Welt einzugehen und dabei unsere guten methodistischen Traditionen zu bewahren. Sie sind ein Aufruf zu Treue und sozialem Engagement und sollen in gutem prophetischem Geist aufklären und überzeugen. Darüber hinaus fordern die Sozialen Grundsätze alle Mitglieder der Evangelisch-methodistischen Kirche auf, reflektierte Entscheidungen anzustreben, und ermutigen zu einer bewussten Zwiesprache von Glaube und Praxis.

Die Sozialen Grundsätze sind ein lebendiges Dokument. Angesichts der wichtigen Veränderungen, die in der Evangelisch-methodistischen Kirche während der vergangenen fünfzig Jahre stattgefunden haben, eingeschlossen die bedeutsamen Entwicklungen in Afrika, Europa und auf den Philippinen, hat die Generalkonferenz 2012 beschlossen, die Sozialen Grundsätze zu revidieren, um ihr theologisches Fundament, ihre Prägnanz und ihre weltweite Bedeutung zu erhöhen. Um dies zu erreichen, hat das General Board of Church and Society zunächst durch Konsultationen in den fünf Jurisdiktionen in den USA und einer Mehrheit der Zentralkonferenzen Vorschläge und Empfehlungen eingeholt. Der erste Entwurf der revidierten Sozialen Grundsätze wurde von sechs Autorentams vorgelegt, deren Mitglieder die breite Vielfalt der Gesamtkirche darstellen. Danach fertigte ein Redaktionsteam weitere Überarbeitungen



an, gestützt auf Rückmeldungen, die durch Online-Umfragen, umfassende Konsultationen mit Zentralkonferenzen und Jährlichen Konferenzen und Stellungnahmen von evangelisch-methodistischen Gelehrten, Bischöf*innen, Gremien und Führungspersonen der Kirche eingeholt wurden.

Redaktioneller Hinweis

Überall in den Sozialen Grundätzen verweist die Bezeichnung »wir« zunächst auf die Generalkonferenz und in allgemeiner Hinsicht auf Glieder der Evangelisch-methodistischen Kirche. Wenn nicht ausdrücklich anders gesagt, bezieht sich die Bezeichnung »Kirche« auf die Evangelisch-methodistische Kirche und nicht etwa auf die weltweite christliche Kirche.



PRÄAMBEL

Wir Menschen aus der Evangelisch-methodistischen Kirche bekräftigen unseren Glauben an den lebendigen Gott, der alles erschaffen hat, was existiert, der es gut nannte und der den Menschen nach seinem Bilde schuf. Wir sind dankbar für Jesus Christus, die Inkarnation der Liebe Gottes und unseren Retter, der unsere Beziehung zu Gott erlöst und heilt. Wir vertrauen auf das Wirken des Heiligen Geistes, der Menschenleben und die ganze Schöpfung verwandelt. Wir bekennen außerdem unseren Glauben daran, dass Gottes Gnade allen Menschen gilt und »dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.« (Römer 8,38-39).

Von Anfang an hat Gott uns in seinen Bund berufen, durch den wir mit ihm, miteinander und mit Gottes wunderbar vielfältiger Schöpfung verbunden sind. Weiter hat Gott uns dazu berufen, liebevoll in diesen Beziehungen zu leben und Verwalter*innen der Schöpfung Gottes zu sein, seinen Garten zu hegen und zu pflegen. Indem wir unsere Aufgabe wahrnehmen, uns um die Schöpfung zu kümmern, ermöglichen wir allen anderen Teilen der Schöpfung, die ihnen zugeordneten Rollen im Bund mit Gott zu erfüllen (Genesis 2,7-15). Nach dem Gebot Jesu sollen wir einander lieben: »Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben. Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr einander liebt« (Johannes 13,34-35, EÜ).

Geschaffen nach Gottes Ebenbild, um in einem Bund mit ihm und mit der Welt zu leben, erkennen wir die Würde aller Geschöpfe an und bekräftigen, dass das Leben gut ist. In der Gewissheit, von Gottes Gnade gehalten zu sein, können wir unsere Sünden bekennen: Wir haben es nicht geschafft, Gott mit ganzem Herzen, ganzer Seele, ganzem Verstand und aller unserer Kraft zu lieben und unsere Nächsten wie uns selbst. Wir hatten Teil an ungerechten und lebensfeindlichen Gesellschaftssystemen. Wir waren nicht immer treue Verwalter*innen von Gottes Schöpfung und haben die Rolle nicht wertgeschätzt, die jeder Teil der Schöpfung für das Gedeihen von Gottes Welt spielt. Außerdem sind wir Jesus Christus nicht darin nachgefolgt, Gottes verschwenderische Liebe zu teilen und »einem von diesen Geringsten« zu dienen (Matthäus 25,45). In unserem täglichen Umgang mit allen Menschen wie auch mit der Erde haben wir uns der Leitung durch Gottes Geist verschlossen. Wir haben das Ziel verfehlt – und trotzdem: Gott liebt uns immer noch.

Wir sind dankbar für Gottes vergebende und heiligende Liebe, die uns und allen gegeben ist und die uns zur vollkommenen Liebe hinzieht. Durch Gottes Gnade sind wir dazu berufen, Christus ähnlicher, also barmherzig, gerecht und mitfühlend zu sein. Als Antwort auf diesen Ruf wollen wir Jesus nachfolgen, der alle grenzenlos geliebt hat – die Kinder, die Außenseiter*innen, die Verurteilten und die Verwirrten. Jesus ruft jede Generation in eine Nachfolge aus vollem Herzen, damit wir unsere Herzen für die Menschen öffnen, denen wir täglich begegnen; damit wir mit unseren Familien und Nachbarn barmherzig umgehen; damit wir die Würde und den Wert aller

Menschen nah und fern anerkennen; damit wir die Systeme durchschauen, die Menschenleben durch Armut, Krieg und Ausgrenzung zerstören; und damit wir Gerechtigkeit und Fürsorge in unseren Gemeinden, Gemeinwesen und gesellschaftlichen Strukturen einfordern. Gott beruft uns außerdem dazu, die Schöpfung zu bewahren, indem wir uns um Luft und Wasser, Boden und Pflanzen und alle Lebewesen kümmern.

Wir danken für Gottes gute Gabe der weltweiten Kirche und für die christlichen Werte, die in der wesleyanischen Tradition und der Evangelisch-methodistischen Kirche verkörpert sind. Wir erkennen, dass der Leib Christi viele Glieder hat – und alle sind wertvoll. Deshalb erkennen wir innerhalb des Leibes Christi Unterschiede an, eingeschlossen die Unterschiede im Verständnis und im Ausdruck des Glaubens, in den Begabungen und der Ausübung des pastoralen Dienstes, in unterschiedlichen Lebenserfahrungen, wie sie durch Herkunft, Kultur, Gemeinschaften, Fähigkeiten, Alter, sexuelle Orientierung und Geschlecht geprägt sind. Wir bekräftigen unseren Glauben an den unschätzbaren Wert jeder einzelnen Person: Jedem Individuum schenkt Gott einzigartige Gaben. Wir erneuern unsere Verpflichtung, in unserem täglichen Leben und unserer Arbeit treue Zeug*innen des Evangeliums zu sein und unser Zeugnis als Kirche zu verstärken.

Unterschiede sind eine kostbare Gabe, aber auch eine gewaltige Herausforderung. Sie können die Fähigkeit der Kirche, treu zu leben und zu dienen, sehr beeinträchtigen. Aber Gott ruft unsere Kirche auch zu einer schwierigen Nachfolge auf, mit Jesus als unserem Anführer und dem Heiligen Geist als unserer täglichen Kraft. Mit Gottes Hilfe nehmen wir die Herausforderung dieser anspruchsvollen Aufgabe an, nämlich »Gerechtigkeit zu üben und Güte zu lieben und demütig zu gehen mit deinem Gott« (Micha 6,8). John Wesleys Allgemeine Regeln inspirieren die Methodist*innen immer noch, gewissenhaft so zu handeln: Niemandem schaden, Gutes tun und Gottes Geboten folgen. Wir erkennen die Herausforderungen, vor denen die Kirche steht: Sich mit Aufrichtigkeit und Mitgefühl engagieren durch genaues Aufeinanderhören, Gespräche, auch wenn sie schwierig sind, und gemeinsamen Dienst, auch ohne in allem übereinzustimmen.

Wir erkennen an, dass die Kirche ein lebendiger Körper ist, zusammengerufen aus vielen und ganz unterschiedlichen Teilen der menschlichen Gemeinschaft. Daher war Einigkeit im Glauben, in Meinungen und in der Praxis von Anfang an niemals Kennzeichen der Kirche. Seit frühesten Zeiten – wie in den Evangelien, den Briefen des Paulus, der Apostelgeschichte und in anderen neutestamentlichen Schriften sichtbar – waren verschiedene Meinungen und Auseinandersetzungen über viele Fragen schlicht Realität. Deshalb sollten sich treue Christ*innen immer dann, wenn signifikante Unterschiede in ihren Ansichten aufkommen – von denen manche die Kirche bis zum heutigen Tag tief spalten –, ihren Meinungsverschiedenheiten oder auch ihrer Verzweiflung stellen und nicht versuchen, die Unterschiede durch falsche Behauptungen von Konsens oder Einigkeit zu übertünchen. Im Gegenteil: Die Kirche soll Konflikte mit Mut und Beharrlichkeit annehmen und gemeinsam versuchen, Gottes Willen zu erkennen. In diesem Verständnis und dieser Verpflichtung sichern wir uns gegen-

seitig zu, dass wir Meinungsverschiedenheiten, die unter uns entstehen, anerkennen und mit Mut, Vertrauen und Hoffnung annehmen. Wir nehmen sie als einen Beweis dafür an, dass Gott noch nicht damit fertig ist, uns als sein Volk zu formen.

Weil wir Gott als Schöpfer, Erlöser und Erhalter anerkennen, versuchen wir unser Leben und Zeugnis an Gott auszurichten. Wir sind zuversichtlich, dass nichts uns von Gottes Gnade trennen kann; das soziale Engagement der Kirche legt Zeugnis von dieser Gnade ab. Mit Gottes Hilfe versprechen wir, gemeinsam zu dienen und jedes Menschen Würde anzuerkennen, selbst wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, nach der Gesinnung Christi zu streben und Gottes Willen in allen Dingen zu folgen.



GEMEINSCHAFT DER GESAMTEN SCHÖPFUNG

VORWORT

Die wichtige Lektion, die unser gepriesener Herr uns an dieser Stelle einschärfen will [...], besteht darin: Gott ist in allem und wir sollen den Schöpfer im Spiegel jedes Geschöpfes sehen; wir sollen nichts als von Gott getrennt gebrauchen und betrachten [...], der die ganze Schöpfung durchdringt und in Bewegung setzt und in wahren Sinn die Seele des Weltalls ist.³

Wir bekräftigen, dass die ganze Schöpfung Gott gehört und dass sie von Gottes Güte und Fürsorge zeugt. Menschen, Tiere, Pflanzen und andere empfindungsfähige und nicht-empfindungsfähige Wesen nehmen an der Lebensgemeinschaft der Schöpfung teil, und ob sie blühen und gedeihen, hängt von einem fürsorglichen Umgang mit der ganzen Schöpfung ab. Statt die Schöpfung so zu behandeln, als wäre sie nur zum Gebrauch und Verzehr für den Menschen geschaffen, sind wir dazu berufen, verantwortliche Haushalter*innen zu sein und in einer guten Beziehung mit dem Schöpfer und mit der ganzen Schöpfung zu leben (Genesis 1,26-31; Matthäus 6,26-30; Römer 8,22-24). Ebenso sind wir dazu berufen, die Rolle, die jeder Teil der Schöpfung für die Heilung des Ganzen spielt, zu würdigen. Deshalb loben wir unseren Gott zusammen mit der ganzen Schöpfung (Psalm 148) und erkennen, dass wir Teil komplexer Ökosysteme sind, die alle von Gott wertgeschätzt sind.

Wir bekräftigen unsere heilige Berufung, verantwortungsvolle Haushalter*innen zu sein und uns liebevoll um all das zu kümmern, was Gott geschaffen hat. Wir erkennen den innewohnenden Wert von Gottes Schöpfung an und feiern die Fülle und Diversität der Erde, und zusammen mit dem ganzen Kosmos preisen wir den Schöpfer. Wir erkennen, dass wir miteinander in komplexen Ökosystemen verbunden sind, verschlungenen Netzen des Lebens, die ihren Ursprung alle in Gottes gnädigem Schöpfungsakt haben.

SCHÖPFUNG IN GEFAHR

Wir erkennen an, dass nicht-nachhaltiges menschliches Handeln Gottes gesamte Schöpfung in Gefahr gebracht hat. Wir bekennen, dass die Abwertung und weitgehende Zerstörung der natürlichen Umwelt nie dagewesene Schäden nach sich zieht und ohne Unterschied menschliches wie nicht-menschliches Leben in Gefahr bringt.

³ John Wesley, Über die Bergpredigt unseres Herrn III, Predigt 23 I.11, in: ders., Lehrpredigten, übers. und hrsg. von Manfred Marquardt, Methodistische Quellentexte, Band 1, 2. überarbeitete und kommentierte Auflage (Neuübersetzung) 2016. S. 328.

A. Zerstörung von Ökosystemen

Ob wir Menschen uns dessen bewusst sind oder nicht: Wir sind Teilhaber*innen an und Nutznießer*innen von komplexen natürlichen Ökosystemen, die aus unzähligen symbiotischen Beziehungen zwischen lebenden Organismen wie Tieren, Pflanzen, Insekten und Mikroorganismen und ihren Lebensräumen wie Luft, Wasser und Erde bestehen.

Überkonsum, kurzsichtige Politik, schlechte Verwaltung der natürlichen Ressourcen und andere nicht-nachhaltige Praktiken haben die zerbrechlichen natürlichen Ökosysteme, von denen das Leben abhängt, schwer getroffen. Zu oft ist die Menschheit mit der Schöpfung so umgegangen, als könne sie frei darüber verfügen, und hat die ungebremste Zerstörung anderer Lebewesen und ihrer Lebensräume zugelassen. Ferner wurden die Erfahrungen und Stimmen der am meisten bedrohten Menschen weithin überhört.

B. Globale Erwärmung und Klimawandel

Globale Erwärmung und Klimawandel führen bereits jetzt zu extremen Bedingungen, die das ganze Leben auf der Erde bedrohen. Überindustrialisierung, weitverbreitete Abholzung und zu große Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sind nur einige der menschlichen Aktivitäten, die zur Produktion von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan und Stickoxid in der Erdatmosphäre beigetragen haben.

Eine starke Zunahme von Treibhausgasen in den letzten Jahrzehnten hat schon zu ständigem Ansteigen der Meeresspiegel, zunehmender Übersäuerung der Ozeane, Häufung von Dürren und Hungersnöten sowie Zunahme extremer Wetterereignisse geführt. Klimaforscher*innen warnen, dass sich das Zeitfenster, um bei den negativen Auswirkungen von globaler Erwärmung und Klimawandel umzusteuern, schnell schließt. Ohne abgestimmtes Handeln von Einzelnen, Kirchen, Kommunen, Aktiönär*innen, Unternehmen, Regierungen und internationalen Organisationen werden die negativen Auswirkungen unumkehrbar werden.

C. Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen

Das Verbrennen fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und in geringerem Maße Erdgas ist hauptverantwortlich für die Zunahme der Treibhausgase und die daraus folgende Erderwärmung. Um die gegenwärtige Entwicklung der globalen Klimaveränderung umzukehren, muss verstärkt in Forschung, Entwicklung und Vertrieb alternativer Energiequellen investiert werden wie Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme und wasserstoffbasierte Energiequellen, ohne andere auszuschließen.

Bei der Suche nach Alternativen zu fossilen Brennstoffen ist es wichtig, Lösungen zu vermeiden, die gegenwärtige Probleme noch verschärfen oder neue, unvorhersehbare Umweltherausforderungen schaffen. Abhängigkeit von Kernkraft zum Beispiel ruft erhebliche Bedenken bezüglich der Lagerung von Atommüll hervor.

In ähnlicher Weise riskieren neuere Vorschläge, die Zunahme von Treibhausgasen durch Geo-Engineering der Biosphäre der Erde zu verringern, unvorhergesehene



Nebeneffekte und eine weitere Destabilisierung der natürlichen Ökosysteme, von denen alles Leben abhängt.

Die Abkehr von einer starken Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen kann nachteilige Wirkungen auf Individuen und Gesellschaften haben, deren Existenzgrundlage in Produktion und Handel mit diesen Gütern besteht. Soweit möglich sollten Pläne für die Entwicklung und den Betrieb alternativer Energiequellen negative finanzielle Auswirkungen geringhalten. Das kann durch die Entwicklung von Strategien geschehen, die betroffenen Menschen helfen, neue Arbeitsplätze zu finden; die das Netz der sozialen Absicherung stärker machen; die den Umgang mit dem Verlust von Arbeit und Einkommen abfedern; und die ein breites Angebot an Ausbildung und Umschulung fördern.

VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG

In Genesis 1 lesen wir, dass Gott die Schöpfung für gut erklärt (Genesis 1,4.10.12.18.25.31), und in Genesis 2, dass Gott »den Menschen nahm und ihn in den Garten Eden setzte, dass er ihn bebaute und bewahrte« (Genesis 2,15). Das Gutsein von Gottes Schöpfung und der Wert, der jedem Teil der Schöpfung zugesprochen wird, rufen Menschen dazu auf, die Schöpfung und alles, was zu ihr gehört, zu respektieren, zu schützen und für sie zu sorgen.

A. Umweltbedingter Rassismus

Wir bekennen, dass die negativen Auswirkungen, die von der Abwertung der natürlichen Umwelt herrühren, unverhältnismäßig stark marginalisierte Menschen betreffen wie indigene Völker, religiöse und ethnische Gemeinschaften, Menschen in Armut und andere verletzte Menschen. Deshalb versprechen wir, allen Formen der Umweltausbeutung, Umweltvernachlässigung und Umweltungerechtigkeit entgegenzutreten. Solche Praktiken verurteilen verarmte Gemeinschaften und Entwicklungsländer dazu, die Hauptlast an der Bedrohung von Lebensräumen, an industrieller Luftverschmutzung, Giftmülldeponien und städtischem Verfall zu tragen. Solches Verhalten stellt umweltbedingten Rassismus dar. Wir stellen uns einer Politik und einer Praxis entgegen, die marginalisierte Menschen und Gruppierungen in einen unabänderlichen Unterlassenstatus versetzen und die Weisheit von indigenen Völkern und anderen Gemeinschaften ignorieren, welche verlangen, dass Luft, Wasser und Land mit großem Respekt behandelt werden.

Auch leiden diese Gruppen unverhältnismäßig häufig an Asthma, Krebs, Geburtsfehlern und anderen vermeidbaren Erkrankungen. Diese Gesundheitsprobleme werden mit Schadstoffen und anderen Chemikalien in Boden, Wasser und Luft in Verbindung gebracht, die Auswirkungen auf unser Trinkwasser, unsere Nahrungsmittel und unsere Umwelt haben. Wir drängen Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Institutionen dazu, einen verbesserten Zugang zu Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten zu ihrer Priorität zu machen.

Wir fordern die Einführung von umweltgerechten Grundsätzen, Richtlinien und Praktiken. Wir bekräftigen, dass indigene Völker und marginalisierte Bevölkerungen die Weisheit und die Handlungsfreiheit haben, selbst die Praktiken und Richtlinien festzulegen, die am besten ihre Grundbedürfnisse sicherstellen wie Nahrung, Wasser, Wohnen und ein Land frei von giftigem Abfall. Selbstbestimmung erfordert unter anderem den Zugang zu relevanten Informationen und eine maßgebliche Entscheidungsbefugnis bei Entwicklungen in der Industrie, in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen, die erheblichen Schaden für Boden, Luft und Wasser anrichten können.

B. Nachhaltige Politik und Praxis

Nachhaltigkeit ist entscheidend für die Entwicklung von ökologisch einwandfreien Richtlinien und Praktiken, die in der natürlichen Welt eine Balance wiederherstellen und die zerstörerische Beziehung zwischen der Menschheit und dem Rest der Schöpfung Gottes beenden wollen.

Nachhaltige Richtlinien und Praktiken zielen darauf ab, die gegenwärtigen Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen und zugleich sicherzustellen, dass künftige Generationen die nötigen Ressourcen haben, um gut zu leben. Nachhaltige Richtlinien und Praktiken stellen den Schutz jeglichen Lebens und natürlicher Ökosysteme an erste Stelle, während sie auf der anderen Seite Menschen helfen, in einem gesunden Gleichgewicht mit der Erde zu leben.

Wir ermahnen evangelisch-methodistische Christ*innen, nachhaltige Gewohnheiten und Praktiken anzunehmen und von Überkonsum abzulassen, sich Wiederverwendung und Recycling von Wertstoffen anzugewöhnen, Produkte zu vermeiden, die die Umwelt verschmutzen oder anders schädigen, und den CO₂-Fußabdruck von Einzelnen und Familien zu reduzieren, indem die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für Heizung, Verkehr und andere Zwecke weitgehend vermindert wird.

Weil eine bloße Veränderung persönlicher Gewohnheiten nicht dazu ausreicht, Umweltschäden aus Jahrzehnten rückgängig zu machen, unterstützt die Kirche lokale, regionale, nationale und internationale gemeinsame Anstrengungen mit dem Ziel, die globalen Umweltschäden zu beseitigen, die die Menschen angerichtet haben. Solche gemeinsamen Anstrengungen umfassen die Entwicklung und Durchsetzung von Richtlinien und Praktiken, die alle empfindungsfähigen Wesen schützen, sowie die Förderung nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Ferner ermutigen wir zu verantwortungsvollem Konsumverhalten und zu sofortigem Handeln gegen Erderwärmung und Klimawandel.

C. Recht auf angemessene Ernährung

Ernährungssysteme, die ökologisch nachhaltig sowie regional ausgerichtet sind und Nahrungsmittel fair verteilen, sind dringende Prioritäten. Wir befürworten Richtlinien und Praktiken, die den Zugang zu gesunder Nahrung und sauberem Trinkwasser sicherstellen, besonders für Gemeinschaften, die unter Umweltzerstörung zu leiden

haben oder von notwendigen Ressourcen abgeschnitten worden sind, um selbst Nahrungsmittel zu produzieren oder zu erwerben.

Ferner treten wir für eine Nahrungsmittelhoheit ein, die das Recht aller Menschen auf gesunde und kulturell passende Ernährung befördert, die durch umweltgerechte und nachhaltige Methoden produziert wird.

Wir unterstützen die regionale Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion. Das schließt ein, dass lokale Gemeinschaften bei der Entscheidung über die Wahl von Nutztieren und Kulturpflanzen mitzureden haben. Wir lehnen landwirtschaftliche Richtlinien und Praktiken ab, die Nahrungsmittel für die Arbeiter*innen in der Landwirtschaft und die Gemeinschaften, in denen das Nahrungsmittel produziert wird, unzugänglich machen. Wir treten für strengen Schutz der Rechte indigener Völker an Land, Nahrungsmitteln und Wasser ein.

Wir lehnen die Patentierung von Saatgutsorten und anderen Organismen ab, die traditionell in der Landwirtschaft verwendet werden. Die rasch expandierende Praxis, Saatgutsorten zu patentieren und dann Landwirt*innen für ihre Verwendung zur Kasse zu bitten, hat den Zugang zu traditionellen Kultursorten erschwert und die Schulden von kleinen Betrieben vergrößert. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, traditionelle Saatgutsorten für Landwirt*innen, die sie brauchen, kostenfrei verfügbar zu machen.

Ebenso rufen wir dazu auf, Richtlinien zu schaffen, die kohlenstoffintensive landwirtschaftliche Methoden, die den Klimawandel begünstigen, verringern. Produzent*innen müssen die Verantwortung für negative Folgen durch Verpackung, Verteilung und Transport von Nahrungsmitteln tragen und müssen für Sicherheit und Wohlbefinden der Arbeiter*innen in Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung sorgen.

D. Fürsorge für alle Geschöpfe

Wir unterstützen die respektvolle und humane Behandlung von Tieren, die wichtige Teilhaber an Gottes fortdauernder Schöpfung und von eigenständigem Wert sind. Wir lassen uns leiten von den biblischen Lehren, die von einer Zeit erzählen, in der Menschen und andere Geschöpfe in Frieden und Harmonie in einer wiederhergestellten Schöpfung leben (Jesaja 11,6).

Diese Verpflichtung zu einem respektvollen und humanen Umgang mit Tieren bedeutet zum Beispiel, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Tiere, die von der Landwirtschaft und zu anderen Arbeiten gebraucht werden, nicht grausam und missbräuchlich behandelt werden und ihre Ruhezeiten und ihre Nahrung bekommen. Auch lehnen wir es ab, Tiere zu zwingen, einander zu bekämpfen.

Tiere, die aufgezogen werden, um als Nahrung für Menschen zu dienen, sollen gesunde Lebensbedingungen vorfinden mit ausreichend Nahrung und Wasser. Tiere, die aufgezogen werden, um als Nahrung für Menschen zu dienen, müssen in humanen

Lebensbedingungen gehalten und so geschlachtet werden, dass Schmerzen und Leid so gering wie möglich gehalten werden.

Im Hinblick auf Wildtiere regen wir gemeinsame Anstrengungen durch internationale Organisationen, Regierungen, staatliche Stellen, Kirchen und betroffene Gruppen und Individuen an, das Wildern zu bekämpfen, gefährdete Tierarten zu schützen und verschwindende Lebensräume zu erhalten. Wir beklagen die massenweise Auslöschung, die jetzt im Gange ist, und rufen zur Annahme von nachhaltigen Richtlinien und Praktiken auf, die dafür sorgen, dass Menschen und Tiere leben können.

E. Schutz des Weltraums

Gottes Schöpfung umfasst nicht nur die Erde, sondern den ganzen Kosmos und auch den Weltraum. Unsere Aufgabe, verantwortungsvolle Haushalter*innen zu sein, bezieht sich also nicht nur auf unsere unmittelbare Umgebung, sondern auch auf den gesamten Kosmos. Deshalb lehnen wir die Ausbeutung, die Kommerzialisierung und die Militarisierung des Weltraums ab. Wir drücken unsere Hoffnung aus, dass die Erforschung und Besiedlung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Planeten friedlich und kooperativ vonstattengeht und in solcher Weise, dass die Güter und Ressourcen, die aus weiterer Weltraumforschung gewonnen werden, allen Menschen zugutekommen.

F. Die Bejahung von Wissenschaft und von traditioneller Weisheit

Wir bejahen den Wert von Wissenschaft und Vernunft, die uns ein tieferes Verständnis des Ursprungs und der Funktionsweise des Kosmos vermitteln. Aber wir erkennen ebenso an, dass die Wissenschaft wie alles, was Menschen betreiben, zweckentfremdet und missbraucht werden kann. Deshalb verlangen wir von allen, die mit wissenschaftlichen Untersuchungen zu tun haben, bei ihrer Forschung und der Anwendung ihrer Ergebnisse die höchsten ethischen Maßstäbe einzuhalten.

Ebenso bejahen wir die traditionelle Weisheit, die sich bei indigenen Völkern findet, und ganz besonders die Bedeutung, die die indigenen Menschen dem Leben in Harmonie und Gleichgewicht mit der Erde und anderen Lebewesen beimessen sowie die Notwendigkeit, Luft, Boden und Wasser zu schützen.



DIE WIRTSCHAFTLICHE GEMEINSCHAFT

VORWORT

Als der Eigentümer des Himmels und der Erde dich ins Dasein rief und in diese Welt setzte, hat er dich nicht als Eigentümer, sondern als Verwalter eingesetzt. Als solchen hat Gott dich für eine bestimmte Zeit mit Gütern verschiedener Art betraut. Aber das alleinige Eigentumsrecht an ihnen bleibt bei Gott und kann ihm nie aberkannt werden. Wie du selbst nicht dein Eigen bist, sondern Gott gehörst, so alles, was du besitzt.⁴

Als Methodist*innen bekennen wir, dass alles, was wir sind, und alles, was wir haben, Gott gehört. Wir sind nur vorübergehende Haushalter*innen der Ressourcen und der materiellen Güter, die wir angesammelt haben. In unseren finanziellen Angelegenheiten und Beziehungen sind wir nicht weniger als sonst in der Nachfolge dazu angehalten, Gott und den Menschen zu dienen in allem, was wir tun.

Nur wenige biblische Themen sind so markant und zahlreich wie die biblischen Aufrufe, mit »diesen Geringsten« fest in Solidarität zu stehen: mit den Armen, den Waisen, den Witwen, den Fremden und mit allen anderen verletzlichen Mitgliedern der Gesellschaft (Amos 5,7-13; Matthäus 25,3-46; Jakobus 2,15-16). Dementsprechend verpflichten wir uns, gerechte, faire und nachhaltige Wirtschaftssysteme einzurichten, die für alle funktionieren.

WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

A. Globalisierung

Wir glauben, dass globale Kooperation oft dazu beiträgt, dass Menschen und die Umwelt gedeihen. Wir bedauern aber, dass Globalisierung in zu vielen Fällen zum Hindernis für die Herstellung von wirtschaftlicher Gerechtigkeit geworden ist. Globalisierung ist gekennzeichnet durch die wachsende Verflechtung nationaler Wirtschaftssysteme und das Entstehen multinationaler Konzerne, die eine zu große Rolle im globalen Markt spielen.

Während Globalisierung unzweifelhaft zu gewissen finanziellen und sonstigen Vorteilen verhalf, hat sie auf der anderen Seite bewährte Lohn- und Arbeitsstandards unterlaufen, den Umweltschutz geschwächt und die Konzentration des Reichtums der Welt in den Händen weniger Menschen befördert. Außerdem hat die Globalisierung durch den einfachen Zugang zu billigen Gütern den Überkonsum verstärkt und die

4 John Wesley, Der Umgang mit Geld, Predigt 50 III.2, in: ders., Lehrpredigten (vgl. Anm. 3). S. 712.

Landrechte von Indigenen unterwandert durch einen Sturm auf Rohstoffe, die für eine ausgeweitete Produktion benötigt werden.

Als Kirche erkennen wir die Wichtigkeit, gerechte, faire und nachhaltige Wirtschaftssysteme zu schaffen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen, insbesondere den marginalisierten und gefährdeten Völkern. Weil die Globalisierung unmöglich von einer einzelnen Person, einer Gemeinschaft oder einer Regierung reguliert werden kann, rufen wir internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfonds und andere dazu auf, die multinationalen Konzerne und die nationalen Regierungen in die Pflicht zu nehmen, Wirtschaftssysteme zu unterstützen, in denen Menschen wichtiger sind als Profite und die die Umwelt schützen.

B. Armut und Einkommensungleichheit

Als Methodist*innen treten wir in die Fußstapfen unseres Gründers John Wesley, der bestrebt war, das Leben derer zu verbessern, die unter lähmenden Lebensumständen zu leiden hatten wie Armut, Hunger, Analphabetismus, Gefangenschaft, Sklaverei, Abhängigkeiten und Krankheit.

Wir beklagen die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und die Konzentration von Reichtum in den Händen eines immer kleiner werdenden Teils der globalen Bevölkerung. Wir bedauern, dass es zu vielen Menschen in der Welt an grundlegenden Ressourcen zum Überleben fehlt, und wir verpflichten uns, an der Beseitigung der Gründe und der Folgen von Armut mitzuwirken. Ferner beklagen wir die verschiedenen Ursachen für Armut wie Krieg, Hungersnot, Krankheit und Wüstenbildung.

Wir verwerfen religiöse Lehren, die die Anhäufung von Reichtum als Zeichen der Gunst Gottes und die Armut als Zeichen seiner Ungnade ansehen. Wir bekennen, dass wir nicht immer die Worte Jesu beherzigt haben, der das Evangelium jenen Menschen predigte, die in Armut lebten, der sie lehrte, dass sie nicht weit vom kommenden Reich Gottes waren, und der den reichen Jüngling dazu aufforderte, alles, was er hatte, aufzugeben, um ihm nachzufolgen (Lukas 6,20; Matthäus 19,23-25).

Wir verpflichten uns, im tätigen Dienst mit verarmten Gruppen zu sein, indem wir das Evangelium von Jesus Christus mit ihnen teilen und indem wir ihre Anstrengungen unterstützen, faire Möglichkeiten zu bekommen und ihre menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen wie Nahrung, Wasser, Gesundheitsfürsorge und Bildung. In der Kirche lehnen wir eine bevorzugte Behandlung aufgrund von Reichtum und Einkommen ab. Wir verpflichten uns, auf die Beseitigung von ungerechten Praktiken, Richtlinien und Systemen hinzuwirken, die ganze Generationen zu einem Leben in unerbittlicher Armut verurteilt haben.

C. Menschenhandel und Sklaverei

Wir verurteilen Menschenhandel und Sklaverei als tiefgreifende Verletzungen der angeborenen Würde und des Werts einer jeden Person und ihrer fundamentalen Rechte, die aus einer Autonomie erwachsen, die die Möglichkeit jedes Individuums ein-



schließt, persönliche Lebensentscheidungen zu treffen. Wir sehen in der Sklaverei einen Verstoß gegen die grundlegende christliche Sicht, nach der alle Menschen nach dem Bild Gottes geschaffen sind.

Menschenhandel bedeutet, dass Menschen gekauft und verkauft werden zum Zweck der Zwangsarbeit, einschließlich privater oder gewerblicher sexueller Ausbeutung. Wir halten einen solchen Handel für abscheulich, weil er gegen fundamentale Menschenrechte verstößt und die Verletzlichkeit der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ausbeutet. Besonders verletzlich sind Kinder und Frauen, Migrant*innen, Vertriebene und andere, die in Armut leben.

Wir unterstützen die Abschaffung jeglicher Art von Menschenhandel oder Sklaverei. Wir verpflichten uns, auf die Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten hinzuwirken, die der Nährboden für diese Missstände sind. Ebenso lehnen wir die Praxis ab, versklavte oder gefangene Menschen oder Zwangsarbeiter*innen zur Gewinnung von Rohstoffen oder in der Produktion von Handelswaren einzusetzen. Wir rufen Einzelne, Familien, Kirchengemeinden und Einzelhändler*innen dazu auf, einen sozial verantwortungsvollen Konsum zu pflegen, indem sie sich über die Arbeitskräfte und die Produktionsbedingungen informieren, die hinter dem Produktionsprozess stehen.

D. Bestechung, Bestechlichkeit und Korruption

Wir stellen uns gegen Bestechung, Bestechlichkeit und andere Formen der Korruption, denn sie stellen eine Verletzung des öffentlichen Vertrauens dar und verhindern, dass sich gerechte und faire Gesellschaften entwickeln. Wir beklagen die Beteiligung von Staatsbeamt*innen, Geschäftsleuten, Menschen in Kirchenleitungen und anderen Autoritätspersonen an solchen Praktiken nicht nur wegen deren Illegalität, sondern auch weil sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in legitime Formen der Autorität untergraben. Außerdem zerstören sie elementare Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz und werden zum Hindernis bei der Schaffung von gerechten und fairen Wirtschaftssystemen. Folge ist die Umleitung von Staatsgeldern und die Manipulation von öffentlichen Verträgen. Das wirkt sich nachteilig auf Projekte und Dienstleistungen aus, die der ganzen Gesellschaft zugutekommen sollen.

WIRTSCHAFTLICHE GERECHTIGKEIT

Ich bitte euch eindringlich im Namen des Herrn Jesus: Handelt der Würde eurer Berufung gemäß! Keine Trägheit mehr! Was immer eure Hände zu tun finden, das tut mit eurer Kraft! Keine Verschwendung mehr! Schluss mit jeder Ausgabe, die Mode, Laune oder Fleisch und Blut verlangen! Schluss mit Habsucht! Verwendet vielmehr alles, was Gott euch anvertraut hat, um Gutes zu tun, alles mögliche Gute in jeder möglichen Art und Größe, den Glaubensgenossen und allen Menschen!⁵

Unsere Verpflichtung, wirtschaftliche Gerechtigkeit zu erreichen, wurzelt in unserem Verständnis von Gottes Bund, wonach Gottes Schöpfung allen Menschen und empfindungsfähigen Lebewesen gleich gehört. Wie im Altertum der *oikos* (Haushalt) als das Herz der Wirtschaft diente, so motiviert unser Glaube an das inklusive Wesen von Gottes globalem Haushalt unser Streben nach gerechten, fairen und nachhaltigen Wirtschaftssystemen.

Als Mitglieder von Gottes *oikos* und Menschen in der Nachfolge Jesu, der uns gelehrt hat: »Gib dem, der dich bittet, und wende dich nicht ab von dem, der etwas von dir borgen will« (Matthäus 5,42), nehmen wir den Auftrag an, die Fülle der Schöpfung Gottes gerecht und fair zu teilen. Deshalb richten wir die dringende Bitte an Regierungen, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen, dafür zu sorgen, dass Einzelne, Familien und Gemeinschaften nicht nur überleben, sondern gut leben können.

A. Verantwortungsvoller Konsum

Sozial verantwortungsvoller Konsum ist in der heutigen Zeit ausschlaggebend. Wir bitten Einzelne, Familien und Kirchengemeinden dringend, Lebensgewohnheiten anzunehmen, die unnötigen Müll vermeiden, gerechte und faire Entlohnung fördern, Nachhaltigkeit voranbringen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren.

Wir bitten Konsumenten, ihre wirtschaftliche Macht dafür einzusetzen, die Herstellung von Waren zu fördern, die für die Menschen nützlich sind, aber doch eine Produktion durch ausbeuterische Arbeit zu vermeiden. Wir unterstützen friedliche und gewaltlose Aktionen wie Boykotts, Briefkampagnen und Appelle zum Verkauf von Aktien. Wir halten dies für effektive Methoden, die kollektive Unzufriedenheit mit Firmen zur Sprache zu bringen, die ungerechte oder schädliche Praktiken pflegen. Auch rufen wir Aktionär*innen und Mitarbeiter*innen auf, ihre moralische Kraft dazu zu nutzen, Einfluss auf die Firmenpolitik zu nehmen. Wenn solche Aktionen notwendig werden, bitten wird dringend, dass sie im Einklang mit den Lehren des Evangeliums stehen und mit der Verpflichtung der Kirche zu Würde und Wert aller Lebewesen.

5 John Wesley, Der Umgang mit Geld, Predigt 50 III.7, in: ders., Lehrpredigten (vgl. Anm. 3). S. 714.

In Anerkennung der Tatsache, dass die Industrieländer derzeit den größten Teil der Ressourcen der Welt verbrauchen, unterstützen wir internationale Richtlinien und gemeinsame Anstrengungen, die auf die Entwicklung von Wirtschaftssystemen zielen, die gerechter sind und das menschliche Gedeihen fördern.

B. Ackerbau und landwirtschaftliche Produktion

Die Betonung des »täglichen Brots« im Vaterunser (Matthäus 6,11) erinnert uns an die entscheidende Bedeutung unseres täglichen Lebensunterhalts und die entscheidende Rolle, die Ackerbau und andere Formen landwirtschaftlicher Produktion bei der Erfüllung des Ernährungsbedarfs einer stark wachsenden Weltbevölkerung spielen. Deshalb rufen wir zur Schaffung von Richtlinien und Praktiken auf, die die Sicherheit und Zuverlässigkeit dieser Lebensnotwendigkeit garantieren und sicherstellen, dass die Entscheidungsprozesse in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion und der Zugang zu den Produkten für alle offen sind.

Wir unterstützen lokale Bauernhöfe in Familienbesitz und schätzen die Rolle, die sie bei der Ernährung des größten Teils der Weltbevölkerung spielen. Wir beklagen die wachsende Monopolisierung der Mittel in der landwirtschaftlichen Produktion durch Konzerne und die Agrarindustrie. Diese Monopolunternehmen lassen erhebliche Sorgen über den Verlust an lokaler Mitsprache und Entscheidungskompetenz entstehen und beschleunigen den Abbau von Ökosystemen wie Boden, Wasser und Wälder.

Besonders die großen Agrarkonzerne haben Praktiken verschärft, die das beste Land der exklusiven Produktion von exportierbaren Nutzpflanzen vorbehalten, statt dass solche Ressourcen für die Ernährung der örtlichen Bevölkerung verwendet werden. Auch haben sie durch Monokulturen die Verarmung des Bodens beschleunigt, die Freisetzung von Methangas durch Nutztvieh gesteigert, zur Umweltverschmutzung beigetragen und Arbeiter*innen in bedenklichem Maße Pestiziden und Herbiziden ausgesetzt.

Wir unterstützen Maßnahmen, die die Weiterführung von lokalen landwirtschaftlichen Betrieben im Besitz von Familien oder Kommunen ermöglichen. Wir rufen zur Beendigung von Regierungsprogrammen auf, die Großkonzernen und der Agrarindustrie überproportional zugutekommen. Wir befürworten Bestrebungen, das lokale Mitspracherecht und die Entscheidungskompetenz vor Ort wiederherzustellen, wenn es um Bodennutzung, Produktion von Nutzpflanzen, Viehwirtschaft und den Schutz von lokalen Naturräumen geht. Dies in der Hoffnung, dass lokale Gemeinschaften auf diese Weise einen größeren Gewinn durch Ackerbau und andere Formen der landwirtschaftlichen Produktion erzielen.

Wir bitten Landwirt*innen – mit großen oder kleinen Betrieben –, sich auf nachhaltige Praktiken einzustellen, die die Integrität der Nahrungskette bewahren, dafür zu sorgen, dass Mitarbeitende einen fairen Lohn bekommen, und die natürliche Umwelt zu schützen.

C. Die Würde der Arbeit

Wir glauben an die Würde der Arbeit – nicht nur als Mittel zur Existenzsicherung, sondern auch als Weg für einzelne Menschen –, zum Wohlergehen der Familien und zum Gemeinwohl beizutragen. Diese Bekräftigung der Würde der Arbeit bringt uns dazu, das Recht auf sichere und zuverlässige Arbeitsbedingungen zu befürworten, frei von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken. Ebenso unterstützen wir die Einrichtung und Überwachung von Richtlinien, die eine faire und gerechte Entlohnung garantieren, auch *auskömmlicher Lohn* genannt. Wir erkennen, dass Vollbeschäftigung für viele Gemeinschaften und Kulturen ein ferner Traum ist und dass in solchen Situationen die Herausforderungen für die Schaffung von Rechten der Arbeitnehmer*innen bedeutsam sind. Trotzdem setzt sich die Kirche für eine faire und anständige Behandlung von Arbeitnehmer*innen ein und unterstützt Richtlinien, die mehr Menschen Chancen geben, eine sinnstiftende Arbeit mit gerechtem Lohn und Sozialleistungen zu finden.

Wir lehnen die weitverbreite Gewohnheit von Kinderarbeit ab. Sie beraubt Kinder unter 18 Jahren ihrer Kindheit, verwehrt ihnen Bildungsmöglichkeiten und zwingt sie stattdessen, in gewerblicher Landwirtschaft, industrieller Produktion oder im Rohstoffabbau zu arbeiten.

Wir unterstützen die Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmer*innen, die das Recht einschließt, sich gewerkschaftlich zu organisieren, gemeinsam Tarifverhandlungen zu führen und gegen unsichere Arbeitsbedingungen und ungerechte Beschäftigungsrichtlinien und -praktiken zu protestieren. Wir unterstützen das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Streik. Wir lehnen Versuche von Unternehmen ab, Streikende dauerhaft zu ersetzen oder organisierte Arbeitsniederlegungen illegal zu machen.

Wir unterstützen Maßnahmen, die die Länge des Arbeitstags und der Arbeitswoche begrenzen und befürworten Regelungen, die allen Arbeitnehmer*innen bezahlte Freizeit garantieren – nicht beschränkt auf Krankenschreibung und Beurlaubung im Todesfall –, Gelegenheit, wählen zu gehen oder anderen Bürgerpflichten nachzukommen, Feiertage, Urlaub und Elternzeit für diejenigen, die Neugeborene oder Pflege- und Adoptivkinder versorgen.

D. Sonntag und Zeit für Erneuerung

Wir erkennen den Sonntag als eine Gabe Gottes für alle Menschen an – in Erinnerung daran, dass Gott am siebten Tag der Schöpfung geruht hat (Genesis 2,2; Exodus 20,8-11). Wir bekräftigen die Wichtigkeit, eine Auszeit von der Arbeit zu haben, um sich auszuruhen und Körper, Seele und Geist erneuern zu lassen, Zeit mit Spiel und Erholung zu verbringen und dem Gemeinschaftsleben zu dienen.

Wir ermutigen alle Methodist*innen, den Sonntag durch die aktive Teilnahme am Gottesdienstleben einer lokalen Kirchengemeinde zu ehren. Wir bitten Regierungen und Unternehmen, Regelungen und Praktiken zu fördern, die Menschen aller religiösen Glaubensrichtungen erlauben, genügend arbeitsfreie Zeit zu haben, um Gottesdienste und Gelegenheiten für Erneuerung und Gemeinschaft wahrzunehmen.

E. Soziale Verantwortung von Unternehmen

Wir glauben, dass Unternehmen und Betriebe wie alle anderen menschlichen Einrichtungen den Auftrag haben, Gutes zu tun, Fairness und Gerechtigkeit zu fördern und das Gemeinschaftsleben mit positiven Beiträgen zu fördern. Statt nur Profite für die Aktionär*innen anzustreben spielen Unternehmen und Betriebe – so glauben wir – eine bedeutende Rolle bei der Förderung von sozialer und wirtschaftlicher Gesundheit und der Wohlfahrt einer Gesellschaft.

Wir rufen Unternehmen und Betriebe dazu auf, Menschen über den Profit zu stellen und bei der Führung ihrer Geschäfte die höchsten ethischen Standards zu beachten. Deshalb richten wir die dringende Bitte an alle Unternehmensleitungen und Aktionär*innen, alle Gesetze, Regelungen und internationalen Abkommen zum Schutz der Umwelt, zur Sicherheit und Zuverlässigkeit am Arbeitsplatz und zur Wahrung der Grundrechte zu erfüllen.

Wir bedauern eine lange Geschichte der Ungerechtigkeit und der Verletzung von formalen Verträgen und Abkommen. Wir machen Unternehmen, Betriebe und Regierungen haftbar für jegliche Verletzung oder Beeinträchtigung der Rechte oder des Grundbesitzes von Individuen und Gemeinschaften und verpflichten uns, für Gerechtigkeit einzutreten und zu kämpfen.

Wir loben sozial verantwortungsvolle Geldanlagen als ein gutes Instrument, um Konzerne in die Pflicht zu nehmen, das Gemeinwohl zu fördern. Deswegen bitten wir Einzelne, Familien, Kirchengemeinden und andere Kirchenorganisationen, sich über die Anlage ihrer Investmentgelder zu informieren und ihre wirtschaftliche Macht zu nutzen und dafür zu sorgen, dass ihre Gelder nicht mehr bei Firmen investiert werden, die einen negativen Einfluss auf Menschen oder die Umwelt haben. Wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sind andere wirksame Strategien das direkte Gespräch, von Aktionär*innen verabredete Maßnahmen, Boykott und Aktienverkauf.

DIE SOZIALE GEMEINSCHAFT

VORWORT

O es ist ein lebendiges, geschäftiges, tätiges, mächtiges Ding um den Glauben, dass es unmöglich ist, dass er nicht ohne Unterlass Gutes wirken sollte. Er fragt auch nicht, ob gute Werke zu tun sind, sondern ehe man fragt, hat er sie getan und ist immer im Tun. Wer aber nicht solche Werke tut, der ist ein glaubensloser Mensch.⁶

Das Evangelium Christi kennt Religion nur als soziale Religion und Heiligung nur als soziale Heiligung.⁷

Als Methodist*innen bekräftigen wir, dass die Menschen für Gott und füreinander geschaffen sind (Genesis 1,26-27.31; Philipper 2,3-8). Wir leben unser Leben, wachsen im Glauben, betätigen uns in der Nachfolge und bezeugen unseren Glauben im Kontext einer Vielfalt verbundener Gemeinschaften wie Familien, Schulen, Nachbarschaften, Arbeitsstellen und der weiteren Gesellschaft.

Die Kirche ist berufen, eine unverwechselbare Gemeinschaft zu sein, gekennzeichnet durch die Verkündigung des Evangeliums, das Studium der Bibel, das Feiern des Abendmahls und das Bezeugen der Macht der Erlösung mitten in einer gebrochenen Welt. Wir antworten auf Gottes Ruf in der Welt, indem wir die verändernde Macht des Evangeliums bezeugen, Taten der Barmherzigkeit vollbringen und nach Gerechtigkeit und Frieden als Kennzeichen für Gottes kommende Herrschaft streben. In allen diesen Anstrengungen werden Christ*innen daran erinnert, dass wir alle – so unterschiedlich wir auch sein mögen – Teil des einen Leibes unter der Herrschaft Christi sind (1. Korintherbrief 12,12-31).

DIE FÜRSORGLICHE GEMEINSCHAFT

A. Die Familie

Wir nehmen wahr, dass Familien verschiedene Größen und Formen haben, und erkennen die maßgebliche Rolle an, die sie bei der Fürsorge für die körperliche, moralische und geistige Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen spielen. Fürsorge und Unterstützung sind grundlegend für ein gelingendes Zusammenleben von Familien. Deshalb leiten wir Familienmitglieder dazu an, einander mit Liebe und Respekt zu begegnen. Wir ermutigen Eltern und andere Bezugspersonen, ihre Aufgabe

6 Martin Luther, Vorrede auf die Epistel S. Pauli an die Römer, 1546, in: D. Martin Luthers Werke, Weimarer Ausgabe, Abteilung 3: Die Bibel, Band 7, S. 11.

7 John Wesley, The Works of the Rev. John Wesley, Volume 14, London: Wesleyan Conference Office 1872, S. 321 = Reprint 1978.

mit Sorgfalt auszuüben und ihre Kinder so zu erziehen, dass ihr körperliches, geistiges, emotionales und moralisches Wachstum begünstigt wird.

Kinder sind eine Gabe Gottes, sie sollten willkommen geheißen und aufgenommen werden. Wir bedauern, dass in manchen Fällen die leiblichen Eltern nicht in der Lage oder nicht willens sind, ihre fürsorglichen Pflichten zu erfüllen. Unter solchen Umständen begrüßen wir die Bereitschaft von Großfamilien und Pflege- oder Adoptiveltern, als Hauptfürsorgende einzuspringen. Aber selbst in diesen Fällen erkennen wir an, dass durch die Trennung der Kinder von ihren ursprünglichen Familien ein Trauma entstehen kann, und dringen darauf, dass solche Handlungen angemessen, sensibel und mitfühlend durchgeführt werden. Wo es passend und möglich ist, empfehlen wir die offene Adoption, so dass die Kinder alle medizinischen oder herkunftsmäßigen Informationen haben, die für sie wichtig sind.

B. Singles

Wir wertschätzen die Leistungen von Singles und lehnen alle gesellschaftlichen Praktiken ab, die sie diskriminieren oder Voreingenommenheiten und Vorurteilen aussetzen. Wir respektieren die Entscheidung von Singles in Bezug auf die Ehe und bejahen die vielen Wege, durch die sie an Familienleben und Gesellschaft teilhaben können. Dieses tiefe Gefühl der Achtung erstreckt sich auch auf alleinerziehende Eltern. Wir erkennen die zusätzlichen Lasten und Herausforderungen an, die eine Elternschaft von Singles nach sich zieht, und bieten unsere Liebe, Unterstützung und Fürsorge bei der Erfüllung dieser besonderen Berufung an.

C. Menschliche Sexualität

Wir bejahen die menschliche Sexualität als eine heilige Gabe Gottes, und wir erkennen an, dass die geschlechtliche Intimität zur Pflege des emotionalen, spirituellen und körperlichen Wohlbefindens der Menschen beiträgt. Ebenso verhilft sie zu gesunden sexuellen Beziehungen, die in Liebe, Fürsorge und Respekt gründen.

Menschliche Sexualität ist ein gesunder und natürlicher Teil des Lebens, der sich von der Geburt bis zum Tod in wunderbar vielfältiger Art und Weise ausdrückt. Geformt wird Sexualität durch ein Zusammenspiel von Natur und Kultur: Vererbung und genetische Faktoren auf der einen und kindliche Entwicklung und Umgebung auf der anderen Seite. Ferner achten wir die Vielfalt von Entscheidungen, Identitäten und Lebensweisen im Hinblick auf Sexualität wie etwa Enthaltbarkeit, Ehe und Ehelosigkeit.

Wir unterstützen das Recht aller Menschen, in sexuellen Beziehungen ihre persönliche Einwilligung vorauszusetzen, über ihren Körper selbst zu entscheiden und in diesen Entscheidungen Unterstützung zu erfahren, umfassende Sexualerziehung zu bekommen, frei von sexueller Ausbeutung und Gewalt zu sein und Zugang zu angemessener sexueller Gesundheitsfürsorge zu haben.



D. Ehe

Innerhalb der Kirche halten wir an der Ehe als einem heiligen, lebenslangen Bund fest, der zwei gläubige Menschen – Mann und Frau, beide erwachsen und mündig, oder zwei Personen, erwachsen und mündig – in eine Vereinigung miteinander bringt.

Obwohl die Evangelisch-methodistische Kirche die Ehe nicht als ein Sakrament ansieht, feiern wir diese Vereinigung und halten sie in Ehren als einen Ausdruck des Glaubens des Paares, in ihrem Verhältnis zu Gott und zueinander gründend. So spiegelt die Ehe die andauernde Bereitschaft, in Christus zusammenzuwachsen, und die Verpflichtung wider, einen gemeinsamen Bund zu pflegen, der Nähe, Annahme und Liebe umfasst.

Als Mitglieder der allgemeinen Gesellschaft bekräftigen wir auch die Wichtigkeit der Zivilehe, also die gesetzliche Anerkennung ehelicher Vereinigungen durch den Staat. Solche gesetzliche Anerkennung ist entscheidend, um die Stabilität der Familie und die ordnungsgemäße Regulierung von Erbschaften abzusichern und dafür zu sorgen, dass Ehepartner*innen und Kinder die Rechte, Leistungen und Absicherungen bekommen, die ihnen zustehen.

D.1 Kinderehe

Wir lehnen Ehebeziehungen mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ab, auch an Orten, wo solche Beziehungen kulturell und gesetzlich erlaubt sind. Kinderehen und verfrühte sexuelle Aktivitäten stören den normalen Lauf der emotionalen, biologischen und sozialen Entwicklung von minderjährigen Kindern. Insbesondere bei minderjährigen Mädchen können verfrühte sexuelle Aktivitäten – und die Schwangerschaften, die daraus folgen – dauerhaft innere Organe schädigen, zu lebenslangen gesundheitlichen Problemen führen und andere Möglichkeiten für ihr Leben zunichtemachen. Indem junge Menschen bis zu einem angemessenen Alter warten, um sich zu verhehlichen, haben sie bessere Chancen, gesunde Erwachsene und verantwortungsvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Wir glauben deshalb, dass junge Menschen volljährig sein sollten, bevor sie ihre Zustimmung zur Heirat geben.

D.2 Vielehe

Wir können die Praxis der Vielehe nicht befürworten, also ein Verhältnis mit einer Mehrzahl von Ehepartnerinnen. Gleichwohl erkennen wir an, dass die erzwungene Auflösung von solchen Beziehungen erhebliche Probleme verursacht. Viel zu oft finden sich Frauen und Kinder durch die erzwungene Auflösung solcher Verhältnisse in Armut ohne irgendwelche Unterstützung wieder.

Deshalb bitten wir Kirchenleitungen, die mit der Auflösung solcher Vielehen zu tun haben, dringend, mit höchster Sorgfalt vorzugehen und der Gesundheit und dem Wohlbefinden abhängiger Frauen und Kinder eine hohe Priorität einzuräumen.

Wir verwerfen Versuche, Familien, die in polygamen Beziehungen sind oder waren, auszugrenzen, besonders Frauen und Kinder, oder ihnen die Dienste der Kirche, einschließlich der Teilnahme an den Sakramenten, zu verweigern. Stattdessen bitten wir

Pastor*innen und Gemeinden, alle Menschen in Not herzlich willkommen zu heißen und Gastfreundschaft auszuüben.

D.3 Ehescheidung

Wir erkennen an, dass Ehescheidung eine bedauerliche, aber unvermeidliche Alternative werden kann, wenn Eheverhältnisse hoffnungslos zerrüttet sind oder zerstörerisch werden oder Eheleute einander unwiderruflich fremd geworden sind. In solchen Fällen raten wir Eheleuten, eine passende Eheberatung aufzusuchen und sich, wenn ein Scheidungsverfahren unausweichlich wird, so zu verhalten, dass schädliche Wirkungen auf alle Familienmitglieder möglichst vermieden werden.

Treue zum Ehegelübde verlangt nicht, dass Ehepartner*innen in einem psychischen oder physischen Missbrauchsverhältnis bleiben müssen. Wir unterstützen Bemühungen nicht, geschiedenen Menschen Dienste der Kirche vorzuenthalten oder ihnen Leitungsfunktionen in der Kirche zu verweigern, ob Pastor*innen oder Ehrenamtlichen. Wir legen es Pastor*innen und Gemeinden ans Herz, Dienste und Programme anzubieten, die geschiedenen Menschen helfen, gesellschaftliche und religiöse Stigmatisierung zu überwinden, die sie oft erleben. Scheidung schließt Wiederheirat nicht aus.

ANDERE SOZIALE THEMEN

A. Drogenmissbrauch, Alkohol und Tabak

Drogenmissbrauch kann sowohl verheerende psychische und physische Folgen einer Abhängigkeit als auch umfassende soziale Konsequenzen haben. Als Antwort auf die weit verbreitete Realität von Suchtkrankheiten erkennen wir zunächst die zerstörerischen Folgen an, die Sucht, Gebrauch und Missbrauch von legalen und illegalen Substanzen in das Leben von einzelnen Konsument*innen, Familienverbänden und ganzen Gemeinschaften bringen.

In vielen Teilen der Welt hat Missbrauch von Opioiden und anderen Substanzen krisenhafte Ausmaße angenommen. Die Kirche unterstützt Programme und Richtlinien, die in umfassender Weise Gründe und Heilungsansätze für zerstörerische Suchterkrankungen untersuchen. Wir rufen die Gesellschaft dazu auf, Menschen mit Suchterkrankungen nicht zu verurteilen, und wenden uns an alle Ebenen der Regierung, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die der Größe des Problems angemessen sind.

In Anerkennung der Zerstörung, die Drogenmissbrauch bei Einzelnen, Familien und ganzen Gemeinschaften angerichtet hat, bitten wir Methodist*innen dringend, vom Gebrauch legaler oder illegaler Rauschmittel Abstand zu nehmen, von Drogen oder anderen Substanzen, die zur Sucht führen, geistige und körperliche Fähigkeiten beeinträchtigen und langfristige Schäden bei Einzelnen, Familien und Gemeinschaften nach sich ziehen.



Im Hinblick auf den Konsum von Alkohol verweisen wir auf die traditionelle Haltung der Evangelisch-methodistischen Kirche, die die Abstinenz als Absicherung gegen die psychischen, physischen und geistlichen Schäden durch übermäßiges Trinken ansieht. Demzufolge bitten wir dringend alle, die sich dafür entscheiden, alkoholische Getränke, einschließlich Wein und Bier, zu sich zu nehmen, das umsichtig und maßvoll zu tun. Eine weitere wichtige Überlegung bezieht sich auf den Einfluss unseres Alkoholkonsums auf diejenigen, die gerade versuchen, vom Alkoholkonsum loszukommen.

Wegen der zunehmenden medizinischen Evidenz zum hohen Suchtpotential und den schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen durch die direkte oder indirekte Aufnahme oder Inhalation von Nikotin oder anderen Chemikalien aus kommerziellen Tabakerzeugnissen empfiehlt die Kirche vollständige Abstinenz. Bei dieser Empfehlung ist uns bewusst, wie schwer es sein kann, eine Nikotinabhängigkeit zu überwinden, und wir bitten Gemeinden, Wege für eine sinnvolle Unterstützung derjenigen zu finden, die versuchen, von Nikotin loszukommen.

B. Mobbing und andere Formen von Gewalt

Wir verurteilen Mobbing in allen Formen, also unerwünschtes und aggressives Verhalten gegenüber Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und auch Spott, körperliche Gewalt, emotionale Manipulation und soziale Einschüchterung. Besonders gegenüber Kindern und Jugendlichen kann Mobbing die emotionale und intellektuelle Entwicklung hemmen und verwandelt Schulen, Nachbarschaften sowie virtuelle und Online-Situationen in gefährliche und unsichere Umgebungen. Mobbing hat oft langfristige traumatische Auswirkungen auf das psychische, physische und emotionale Wohlbefinden der Opfer. Wir unterstützen die Inkraftsetzung von Richtlinien, die darauf abzielen, Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor Mobbing zu schützen. Wenn minderjährige Kinder und Jugendliche betroffen sind, empfehlen wir dringend die Entwicklung und Umsetzung von Antimobbing-Richtlinien, die sowohl den Entwicklungsprozess von Opfern als auch von Täter*innen berücksichtigen.

C. Kolonialismus, Neokolonialismus und deren Folgen

Wir erkennen an, dass die verwickelten und komplexen Hinterlassenschaften von Kolonialismus und Neokolonialismus schwer auf der weltweiten Gemeinschaft der Methodist*innen lasten. Kolonialismus meint den Versuch, durch Eroberung und Ausbeutung völlige oder teilweise Kontrolle über andere Länder, Stammesgruppen und Völker zu erlangen. Neokolonialismus setzt das historische Vermächtnis des Kolonialismus fort, indem er wirtschaftliche, politische oder soziale Kontrolle über ehemals kolonisierte Nationen oder Völker aufrechterhält.

Manche von uns kommen aus Ländern und Gruppen, die von der Unterwerfung ganzer Völker und von der Beschlagnahmung von Ländern und anderen Ressourcen erheblich profitiert haben. Andere von uns leben in Ländern oder gehören Gemeinschaften an, die mit der sich fortsetzenden Geschichte und den Wirkungen der verschiedenen Formen von Kolonialismus weiterhin zu kämpfen haben, wozu soziale, wirtschaft-

liche und politische Instabilität, weitverbreitete Mangelernährung, Analphabetismus, Krankheit und fortdauernde Rechtsverletzungen in Ländern von indigenen Völkern und Stämmen zählen.

Weit davon entfernt, nur unschuldige Zuschauer*innen zu sein, erkennen wir an, dass die Kirche in Kolonialismus und Neokolonialismus oft tief verwickelt war. Wir rufen deshalb Einzelne und Gemeinden dazu auf, sich über die beunruhigenden Vermächtnisse des Kolonialismus zu informieren und – wo angezeigt – Buße zu tun für unsere anhaltende Beteiligung. Wir fordern Methodist*innen dazu auf, Wege zur Unterstützung derjenigen zu finden, die immer noch unter den Folgen der kolonialen Hinterlassenschaften leiden, was handfeste Taten der Wiedergutmachung und aktive Unterstützung für nachhaltige Entwicklungsinitiativen einschließt.

D. Sterben in Würde

Wir wissen, dass jedes Leben vergänglich ist und mit dem Tod endet, und wir bekräftigen, dass Gottes fortdauernde Liebe und seine Fürsorge bei uns bleiben, wenn wir vom Leben in den Tod und dann zu einem größeren Leben übergehen. Diese Bekräftigung, zusammen mit unserem ausdrücklichen Bekenntnis zum heiligen Wert eines jeden Menschen, lässt uns darauf bestehen, dass jeder sterbende Mensch mit Würde und Respekt zu behandeln ist.

Die Betonung eines Sterbens in Würde bedeutet, dass die Entscheidungen von Einzelnen und Familien gehört und respektiert werden müssen, dass der Einsatz von medizinischer Technik maßvoll und angemessen sein muss und unnötige Schmerzen und Leid gering zu halten sind. Wir bejahen das Recht der Menschen, die im Sterben liegen, sich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Als Glaubensgemeinschaften sind wir dazu berufen, Einzelne und Familien zu unterstützen, die der Wirklichkeit von Leid und Tod gegenüberstehen. Auf sensible und fürsorgliche Weise bezeugen wir Gottes bleibende Liebe und Gnade selbst dann, wenn sie nicht unmittelbar gefühlt oder erfahren werden können.

D.1 Treue Fürsorge für Sterbende

Unser Umgang mit Tod und Sterben bewegt sich im Rahmen unseres Glaubens an die angeborene Würde und den Eigenwert des Menschen, unserer Sorge um die Patientenautonomie und unserer Überzeugung, dass unser Leben letztlich Gott gehört. In diesem Rahmen unterstützen wir nachdrücklich alle Anstrengungen, Patient*innen und ihre Angehörigen in die Lage zu versetzen, informierte Entscheidungen über eine Fortsetzung der Behandlung oder das Lebensende zu treffen, die den geltenden gesetzlichen Regelungen und den etablierten medizinischen Abläufen und Standards entsprechen.

Solches informierte Entscheiden kann Patient*innen und ihre Angehörigen dazu bewegen, Behandlungen fortzusetzen, die versprechen, den Gesundheitszustand wesentlich zu verbessern oder die Lebensqualität zu erhöhen. Andererseits können solche Entscheidungen die Patient*innen und ihre Angehörigen dazu bewegen, medizinische Maßnahmen abzubrechen, die keinen wesentlichen Nutzen mehr haben.

Wir bekräftigen den Nutzen von Palliativmedizin in Fällen, in denen die Entscheidung für eine Beendigung der medizinischen Behandlung getroffen worden ist. Palliativmedizin betont die Wichtigkeit, es den Patient*innen so erträglich wie möglich zu machen, Schmerz und Leid gering zu halten und den Sterbeprozess ungehindert voranschreiten zu lassen. Ebenso befürworten wir den Gebrauch von Patientenverfügungen, die den Willen der Patient*innen klar zum Ausdruck bringen, sollten sie so beeinträchtigt sein, dass sie den Ärzt*innen keine Mitteilungen mehr machen können.

D.2 Sterbehilfe und Suizid

Unsere Überzeugung, dass Leben eine heilige Gabe ist, zusammen mit bleibenden Fragen und Bedenken über möglichen Missbrauch, veranlasst uns als Kirche dazu, aktive Sterbehilfe und Suizid abzulehnen und gleichzeitig unseren Dienst der Barmherzigkeit an betroffenen Familien fortzuführen. Sterbehilfe findet aber auch statt als Sterbenlassen durch Behandlungsbeendigung, als lebensverkürzend wirkende, leidenslindernde Therapie am Lebensende und auch als Beihilfe zum Suizid durch Assistenz wie die Zurverfügungstellung von tödlichen Medikamentendosierungen.

Suizid bezieht sich allgemeiner auf Handlungen, die Menschen vollziehen, um dem eigenen Leben ein Ende zu setzen. Beweggründe für Suizid haben oft mit Depressionen oder anderen psychischen Erkrankungen, aber auch mit Drogenmissbrauch zu tun. Weltweit gesehen erfolgen Suizidversuche oft nach einschneidenden persönlichen oder familiären Krisen, wie Verlust der Existenzgrundlage, erzwungene Migration und Vertreibung, kulturelle Unterdrückung und das Erleben von langanhaltendem Mobbing oder anderen Formen von Gewalt.

Auch wenn weder aktive Sterbehilfe noch Suizid gebilligt werden können, bekennen wir demütig, dass das Verständnis und die Reaktion der Kirche oft unangemessen sind. Wir bitten die Gemeinden, sich über die komplexen Beweggründe und Faktoren, die hinter diesen Taten stehen, zu informieren. Wissend, dass das letzte Urteil nicht in unseren, sondern in Gottes Händen liegt, weisen wir alle Versuche zurück, Dienste und Hilfen der Kirche denen vorzuenthalten, die durch aktive Sterbehilfe oder Suizid gestorben sind, oder ihren trauernden Familien und Bekannten.

Wir glauben, dass ein Suizid Menschen nicht von der allumfassenden Gnade Gottes trennt. Wir bitten Pastor*innen und Ortsgemeinden, angemessene Verfahren zu entwickeln für den Umgang mit Menschen, die mit Suizidgedanken kämpfen oder einen Suizidversuch überlebt haben. Solche Verfahren sollten Hinweise auf qualifizierte Beratung oder medizinisches Fachpersonal enthalten. Wir bitten Pastor*innen und Gemeinden, statt Überlebende oder von Suizid betroffene Familienmitglieder auszugrenzen oder zu verurteilen diesen Menschen mit Mitgefühl zu begegnen und ihnen Unterstützung anzubieten.

E. Glücksspiel

Wir lehnen Glücksspiel ab, denn es lenkt die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf den Erwerb von Geld unter Ausschluss von allem anderen und bereichert eine kleine Minderheit auf Kosten der Mehrheit. Für zu viele Menschen wird Glücksspiel zu einer

zerstörerischen und abhängig machenden Praxis, die sowohl das wirtschaftliche Wohlergehen der Glücksspieler*innen als auch ihrer Familien gefährdet.

Wir wissen, dass in manchen Gegenden indigene Völker und Menschen als Akt der Selbstbestimmung und als wichtigen Schritt zum wirtschaftlichen Überleben Casinos und ähnliche Einrichtungen eröffnet haben. Statt solches Handeln zu verurteilen, sehen wir es als die Rolle der Kirche an, Dialog und Bildung über die Hoffnungen und Bestrebungen dieser Gemeinschaften anzuregen und ein tieferes Verständnis für ihre Geschichten und ihr fortgesetztes Streben nach Selbstbestimmung und Überleben zu entwickeln.

Wir versprechen, auf die Ausrottung von Armut und eine fairere Verteilung der finanziellen Möglichkeiten hinzuarbeiten. Darin sehen wir einen konstruktiven Weg, die finanzielle Attraktivität des kommerziellen Glücksspiels wie Lotterien, Casinos und Online-Glücksspiele zu reduzieren.

F. Geschlechterfairness und Diversität

Wir unterstützen Geschlechterfairness und Geschlechterdiversität als wichtige Ziele, die gewährleisten, dass die Bestrebungen von Frauen und Mädchen ernst genommen werden, und die sicherstellen, dass bezahlte Arbeitsstellen und Führungspositionen gleichberechtigt vergeben werden. Wir beklagen das Fortbestehen von Sexismus und Frauenfeindlichkeit in der Kirche durch ihr Handeln und ihre theologischen Lehren wie auch in der Gesellschaft im Allgemeinen. Wir bedauern, dass solche Vorurteile zu oft zu Verunglimpfung und Zurückweisung von weiblicher Führung und Teilhabe geführt haben.

Als Folge davon verwerfen wir alle Glaubenssätze, Richtlinien und Praktiken, die Frauen und Männer im religiösen wie im säkularen Umfeld als ungleich ansehen. Wir fordern Gemeinden, Pastor*innen, Kommissionen für ordinierte Dienste, Bischöf*innen und andere Kirchenvertreter*innen auf, konkrete Maßnahmen einzuführen, Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht zu fördern und in Leitungspositionen zu bringen. Außerdem bitten wir Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft, Gesetze und Richtlinien zu erlassen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft gleichen Zugang, gleiche Möglichkeiten und gleiche Absicherungen gewähren.

G. Medien und Kommunikationstechnologien

Wir unterstützen das Recht auf freie Meinungsäußerung, was Pressefreiheit und das Recht aller Mitglieder der Gesellschaft einschließt, ihre Sichtweisen und Meinungen zu äußern. Wir verlangen, dass alle Medienunternehmen mit Anstand und Respekt agieren und anerkannte journalistische Maßstäbe einhalten. Wir bejahen die positive Rolle der Medien und Kommunikationstechnologien bei der Information der breiten Öffentlichkeit; sie ziehen Regierungen und andere Führungspersonen in der Gesellschaft zur Rechenschaft und fördern das Gemeinwohl.

Wir sind besorgt über Medienmonopole und die Tendenz, nach der die Medienkontrolle in die Hände von wenigen Konzernen gerät, und wir ermutigen Einzelne,

Gemeinden und Regierungen, aufmerksam darauf zu achten, dass Kartellgesetze eingehalten werden.

Weiter erkennen wir, dass skrupellose Menschen – wie bei allem menschlichen Tun – Medien benutzen, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, Fakten zu verdrehen und Falschinformationen, Feindseligkeit und Angst zu verbreiten. Wir beklagen die Ausbreitung von Hassrede quer durch Soziale Netzwerke, Rundfunk- und Zeitungsnachrichten und andere Plattformen, und wir rufen Bürger*innen und Aufsichtsbehörden dazu auf, das Menschenmögliche zu tun, um dem ein Ende zu setzen. Ebenso ermutigen wir alle dazu, Vorsicht walten zu lassen, wenn sie ihre Meinungen in den sozialen Medien kundtun, im Wissen, dass Mitgefühl vonnöten ist, und dass anderen viel Schaden zugefügt werden kann, wenn solches Mitgefühl fehlt.

Schließlich fehlt es in den Medien und anderen Kommunikationstechnologien an einer angemessenen und vielfältigen Repräsentation von marginalisierten Gesellschaftsgruppen wie Frauen, ethnischen Gruppen, Menschen mit Behinderungen, verarmten Menschen und anderen. Wir glauben, dass Medien und Kommunikationstechnologien für alle Menschen offen und zugänglich sein sollten, Standards entwickeln sollten, die Anstand und Respekt fördern, und Würde und Wert aller Menschen schützen sollten, einschließlich der Verletzlichsten der Gesellschaft.

H. Pornographie

Wir lehnen Pornographie strikt ab und beklagen ihren zerstörerischen Einfluss auf Kulturen, Familien und Einzelne. Pornographie ist ein Angriff auf unsere tief empfundene Überzeugung, dass die menschliche Sexualität eine kostbare Gabe Gottes ist. Pornographie ist ein Thema, das viele Menschen sowohl innerhalb wie auch außerhalb der weltweiten Kirche auf dramatische Weise betrifft. Obwohl erotische Darstellungen schon seit vielen Jahrhunderten im Umlauf sind, haben die weite Verbreitung und Verfügbarkeit von sexuell expliziten und aggressiven Bildern für viele zu einem zunehmenden Problem mit Sucht geführt, auch für junge Menschen, die mit dem Internet zu Hause und auf den Handys aufgewachsen sind. Wir rufen alle Methodist*innen dazu auf, Maßnahmen zu unterstützen, die darauf zielen, effektive gesellschaftliche und staatliche Regelungen zu entwickeln, die vor allem Kinderpornographie, aber auch Ausbeutung und Versklavung von Erwachsenen ausrotten. Außerdem rufen wir die Kirche dazu auf, Menschen, die in ihrem Leben von den schädlichen Wirkungen von Pornographie betroffen sind, nicht zu verurteilen, sondern ihnen Rehabilitation und Fürsorge zuteilwerden zu lassen.

I. Medizinisches Experimentieren und Forschung

Wir unterstützen medizinisches Experimentieren und Forschung, die das Potential haben, Krankheiten und Seuchen auszurotten, das Leben zu verlängern oder die Lebensqualität zu erhöhen. Wir bestehen darauf, dass medizinisches Experimentieren, einschließlich Gentechnologie, sich innerhalb der etablierten bioethischen Parameter vollzieht. Diese Parameter, die sich aus der ärztlichen Verantwortung herleiten, keinen Schaden anzurichten, schließen Folgendes ein: Sicherstellung der Autonomie der

Patient*innen und der informierten Einwilligung; Zusagen, dass Kosten und Nutzen des medizinischen Experimentierens fair auf verschiedene soziale Gruppen verteilt sind; die Erwartung eines erkennbaren Nutzens für Patient*innen, die an solchen Experimenten teilnehmen; und, in geringerem Maße, die Möglichkeit eines spürbaren medizinischen Fortschritts.

Wir sprechen uns für eine sorgfältige Aufsicht über alle Formen des medizinischen Experimentierens aus, um sicherzustellen, dass die höchsten ethischen Parameter angewendet werden. Wir empfehlen enge Kooperation zwischen Regierungen, akademischen Einrichtungen, Unternehmensforschern und dem medizinischen Berufsstand, um geltende Standards der medizinischen Forschung durchzusetzen. Darüber hinaus bestehen wir darauf, dass sichergestellt wird, dass Menschen, die in Armut leben oder in Entwicklungsländern und weniger reichen Ländern wohnen, in solchen medizinischen Untersuchungen nicht über- oder unterrepräsentiert sind und ihnen dann der Nutzen der Forschung vorenthalten wird.

J. Organspende und Transplantation

Mit Nachdruck unterstützen wir die Organspende als Ausdruck der Aufforderung Christi, die Nächsten zu lieben. Die weltweite Knappheit von transplantierbaren Organen bedeutet, dass hunderttausende Kinder, Frauen und Männer unnötigem Leid und vorzeitigem Tod ausgesetzt sind. Angesichts dieser Tatsache ermutigen wir die Methodist*innen, die bereit und in der Lage dazu sind, sich freiwillig als Organspender registrieren zu lassen.

Wir glauben, dass alle Spenden freiwillig sein sollten und dass sie in einem sicheren medizinischen Umfeld durchgeführt werden müssen, in dem Gesundheit, Wohlbefinden und Privatsphäre von Spender*innen wie Empfänger*innen geschützt sind. Ferner betrachten wir Kauf und Verkauf von Organen und Blut – besonders wenn sie durch Diebstahl oder Zwang gewonnen wurden – als grundlegende Verstöße gegen die angeborene Würde menschlichen Lebens und gegen moralische Prinzipien, die davor warnen, Menschen als Ware anzusehen.

Wir bitten Regierungen und medizinische Organisationen, Gesetze und Richtlinien zu befürworten, die die Organspende befördern, aber gleichzeitig die Schwachen in der Gesellschaft vor missbräuchlicher Praxis schützen und dafür sorgen, dass transplantierbare Organe fair und ohne Rücksicht auf die soziale Stellung potenzieller Empfänger*innen verteilt werden.

K. Reproduktionsmedizin und Abtreibung

Wir unterstützen die Bereitstellung von umfassender und altersgemäßer Sexuaufklärung sowie den Zugang zu zuverlässiger, effektiver und erschwinglicher Empfängnisverhütung. Ebenso unterstützen wir Dienste und Initiativen in ihrem Ziel, Reproduktionsmedizin zu fördern und die Lebensqualität von Frauen und Mädchen zu verbessern. Angesichts der Gefahren und Risiken einer Schwangerschaft vertreten wir die Ansicht, dass Frauen und Mädchen zuverlässigen Zugang zu gynäkologischer Versorgung haben sollten. Deshalb bitten wir Regierungen, Unternehmen, Kirchen und

andere zivilgesellschaftliche Institutionen, dass sie den Zugang zu vorbeugender Aufklärung, medizinischer Vorsorgeuntersuchung, Behandlung und Beratung für Frauen und Mädchen im gebärfähigen Alter als hohe Priorität erkennen.

Unser Bekenntnis zur Heiligkeit menschlichen Lebens hindert uns daran, Abtreibungen zu befürworten. Als Form der Geburtenregelung, als Mittel der Geschlechtswahl oder aus eugenischen Gründen lehnen wir Abtreibung bedingungslos ab. Wir unterstützen Maßnahmen, die die Zustimmung oder Benachrichtigung der Eltern, Erziehungsberechtigten oder anderer zuständiger Erwachsener verlangen, bevor eine Abtreibung bei Minderjährigen durchgeführt wird. Ausgenommen sind Fälle von mutmaßlichem Inzest.

Wir lehnen Spätabtreibungen ab. Wir setzen uns für deren Beendigung ein, es sei denn, das Leben der Mutter steht auf dem Spiel und kein anderes medizinisches Verfahren ist anwendbar, oder schwere Anomalien bedrohen die Lebensfähigkeit des Fötus. Wir wissen um tragische Konflikte, in denen Leben gegen Leben steht, die die Entscheidung, das Leben des Fötus zu beenden, rechtfertigen mögen. In diesen begrenzten Fällen unterstützen wir die Möglichkeit eines legalen Abbruchs durch anerkannte medizinische Einrichtungen in sauberer und sicherer Umgebung.

Wir rufen all jene, die eine Abtreibung in Erwägung ziehen, dazu auf, angemessene medizinische Beratung und kirchliche Seelsorge in Anspruch zu nehmen und gründlich und im Gebet nach Alternativen zu suchen, etwa, das Kind zur Adoption freizugeben. Wir beten für diejenigen, die ungewollt schwanger geworden sind, und bieten unsere Unterstützung und Gebete an, wenn sie Gottes Willen erkennen und Gottes Weisheit und Führung suchen wollen. Ungeachtet der Umstände, in denen jemand eine Abtreibung erwägt, akzeptieren wir weder Mobbing noch Anprangern der Person wegen ihrer Entscheidungen oder ihres Handelns.

Wir nehmen wahr, dass junge Frauen im gebärfähigen Alter häufig berichten, dass ihnen die Möglichkeit fehlt, wichtige Lebensentscheidungen zu treffen oder effektive Kontrolle über ihr eigenes Leben auszuüben. Wir fordern Pastor*innen, Gemeinden, christliche Hochschulgruppen und andere auf, besonderes Engagement zu zeigen bei dem Versuch, diese jungen Frauen zu stärken. Außerdem unterstützen wir Anlaufstellen, die fürsorgliche Barmherzigkeit bieten und Frauen helfen, Alternativen zur Abtreibung kennenzulernen.

Wir erkennen, dass der Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Medizin zu oft durch wirtschaftliche Faktoren eingeschränkt ist. Frauen, die in Armut leben, sind oft nicht in der Lage, Entscheidungen über den Zeitpunkt einer Schwangerschaft oder über die Größe ihrer Familien zu treffen. Es fehlt ihnen der Zugang zu vor- und nachgeburtlicher Versorgung. Das Fehlen solcher Versorgung setzt den Armutskreislauf fort, weil die Möglichkeit der Frauen, Arbeit aufzunehmen, eingeschränkt und die Belastung des knappen Familieneinkommens erhöht wird. Wir unterstützen Regelungen und Programme, die Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Medizin zu Frauen in wirtschaftlich schwachen Gebieten bringen.

Wir unterstützen Methoden der Reproduktionsmedizin für Menschen mit Kinderwunsch.⁸ Wir meinen, dass die Entscheidung über den Einsatz alternativer Reproduktionsmöglichkeiten am besten in den Händen derjenigen liegen soll, die selbst über den Gebrauch dieser Möglichkeiten nachdenken, wobei sie auch Rat bei einem Anbieter von Gesundheitsleistungen suchen. In jedem Fall sollte die Anwendung von reproduktiven Alternativen im Einklang mit den höchsten ethischen Standards stehen, und Gesundheit und Wohlbefinden von Frauen und Kindern sollten die höchste Priorität haben.

L. Rassismus, Antisemitismus⁹, Ethnozentrismus und Tribalismus

Wir verurteilen Rassismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus und Tribalismus sowie jegliche Ideologie oder gesellschaftliche Praxis, die von der falschen und irreführenden Annahme oder Idee ausgeht, dass eine Gruppe von Menschen allen anderen Gruppen von Menschen überlegen ist. Darüber hinaus verwerfen wir grundsätzlich Gesetze, Richtlinien und gesellschaftliche Praktiken, die Einzelne, Gemeinschaften oder andere gesellschaftliche Gruppen aufgrund von vermeintlichen rassistischen, ethnischen oder stammesspezifischen Unterschieden marginalisieren, diskriminieren oder zur Gewalt gegen sie aufstacheln.

Wir rufen Gemeinden, Pastor*innen, Bischöf*innen und andere kirchliche Funktionsträger*innen dazu auf, sich zu informieren über die Ursprünge und Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Ethnozentrismus und Tribalismus innerhalb von Glaubensgemeinschaften und Strategien zu entwickeln, gesellschaftliche Spaltungen dieser Art zu überwinden. Ebenso bitten wir Regierungen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen, sich von Aussagen, Richtlinien und Handlungen zu distanzieren, die Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt fördern.

M. Sexuelle Belästigung, Missbrauch und Gewalt

Da wir den angeborenen Wert und die Würde aller Menschen anerkennen, verurteilen wir sexuelle Belästigung, sexuellen Missbrauch und sexuelle Gewalt und halten sie für schwerwiegende Verletzungen geltender Verhaltensnormen sowohl innerhalb der Kirche als auch in der ganzen Gesellschaft. Unter sexueller Belästigung verstehen wir jede unerwünschte oder unangemessene sexuelle oder geschlechtsspezifische Äußerung oder die körperliche Annäherung am Arbeitsplatz, im beruflichen Umfeld oder in anderen sozialen Zusammenhängen.

Sexueller Missbrauch meint jede ungewollte sexuelle Aktivität, die durch Anwendung von Gewalt oder Drohungen geschieht oder aber durch das Ausnutzen derer, die nicht in der Lage sind, ihre Zustimmung zu geben, oder sich in der schwächeren Position befinden gegenüber jemandem in einer Machtposition. Sexuelle Gewalt schließt alle Drohungen und Formen von gewaltsamem sexuellem Kontakt oder Körper-

8 Adaption des Satzes »We support the use of a variety of reproductive strategies for those desiring to have children, including fertility treatments, in vitro fertilization (IVF), embryo or sperm donation, surrogacy, and others.«

9 Adaption: dreimalige Einfügung von »Antisemitismus«.



verletzung ein, einschließlich Vergewaltigung. Ganz besonders beklagen wir die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen und erkennen, dass sexueller Missbrauch besonders schädlich und verabscheuungswürdig ist, wenn er im Kontext der Kirche geschieht.

Wir bitten Pastor*innen, Gemeinden und andere Kirchengruppen, eindeutige Richtlinien und Praktiken festzusetzen, um Fälle von sexueller Belästigung anzugehen oder zu verhindern. Diese Richtlinien und Praktiken sollten enthalten: obligatorische Schulung für Geistliche und kirchliche Mitarbeitende, schriftliche Definitionen, welches Verhalten eine sexuelle Belästigung darstellt, eine zuverlässige und vertrauliche Methode der Berichterstattung sowie einen klaren Prozess für den Umgang mit Beschwerden, einschließlich steigender Strafen bis hin zur Entlassung im Wiederholungsfall.

Wir treten ein für die Entwicklung und Verwirklichung umfassender Richtlinien und Praktiken bei Fällen des Verdachts auf sexuellen Missbrauch oder sexuelle Gewalt, insbesondere wenn minderjährige Kinder oder andere Menschen betroffen sind, die nicht in der Lage sind einzuwilligen. Auch scheinbar unbegründete Berichte von Gewalt oder Missbrauch müssen sofort untersucht werden. Ferner bitten wir Pastor*innen und Gemeinden, uneingeschränkt alle Gesetze zu befolgen, die solche Angelegenheiten regeln, und Kenntnis von allen gesetzlichen Pflichten zur Berichterstattung zu haben.



DIE POLITISCHE GEMEINSCHAFT

VORWORT

»So ist nun die Liebe des Gesetzes Erfüllung«, »das Ziel der Unterweisung«. Großartiges wird über die Liebe gesagt: Sie ist das Wesen, der Geist, das Leben aller Tugend. Sie ist nicht nur das erste und große Gebot, sondern sie ist alle Gebote in einem. Was gerecht ist, was rein ist, was liebenswert oder ehrenwert ist, sei es eine Tugend oder ein Lob, das alles ist eingefasst in dieses eine Wort – Liebe.¹⁰

Unsere Beteiligung am Staatswesen wurzelt in der Aufforderung des Evangeliums, unsere Nächsten zu lieben, Gerechtigkeit zu üben und für die Schwachen zu sorgen. Als Methodist*innen erkennen wir, dass Liebe verantwortungsvolles politisches Handeln und Engagement verlangt, das darauf abzielt, die Gesellschaft zu verbessern und das Gemeinwohl zu fördern. Wir erkennen, dass solches politische Engagement Demut verlangt und Aufmerksamkeit für unsere eigenen Verwicklungen in die Aufrechterhaltung von Ungerechtigkeit. Ebenso verlangt es Barmherzigkeit, Gebet und die Bereitschaft, Gottes Willen wahrzunehmen.

Wir glauben an den angeborenen Wert aller Menschen, der in Gottes gnädigem Schöpferakt gründet und umfassend in der Macht von Jesu Leben, Tod und Auferstehung offenbart ist. Das Verständnis, dass der Mensch nach Gottes Bild geschaffen ist, ist ein zentrales Thema in der Lehre John Wesleys.

Außerdem glauben wir, dass Gott alle Mitglieder der Menschheitsfamilie dazu beruft, die Würde und den Wert aller Menschen zu erkennen und zu schützen und sich für das Wohlergehen von Gottes gesamter Schöpfung einzusetzen. Deshalb unterstützen wir Strukturen in der Kirche und in der Zivilgesellschaft, die den grundlegenden Freiheiten und Rechten aller Menschen Respekt zollen und Gottes Schöpfung schützen. Insbesondere bejahen wir die wichtige Tätigkeit der Vereinten Nationen, die Frieden und Sicherheit fördern, Menschenwürde und Menschenrechte verfechten und für nachhaltige Entwicklung eintreten.

AUFGABEN DES STAATES

A. Kirche und Staat

Wir bekräftigen, dass Kirche und Staat unterschiedliche und entscheidende Rollen im Blick auf die ganze Gesellschaft zu spielen haben. Obwohl die formalen Beziehungen zwischen Regierungen und religiösen Gemeinschaften sich von Land zu Land unterscheiden, bejahen wir grundsätzlich die Unabhängigkeit und Integrität beider Insti-

10 John Wesley, Die Beschneidung des Herzens, Predigt 17 I.11, in: ders., Lehrpredigten (vgl. Anm. 3). S. 245.

tutionen und treten für eine Beziehung in gegenseitiger Achtung ein, in der keine der beiden versucht, die andere zu dominieren oder unangemessen zu beeinflussen.

Wir bekräftigen, dass jede Regierung unter dem Urteil Gottes steht und deshalb für rechenschaftspflichtig zu halten ist für den Schutz der Unschuldigen, die Sicherstellung von Grundrechten und Freiheiten, den Schutz der natürlichen Welt und die Errichtung von gerechten, fairen und nachhaltigen Wirtschaftssystemen.

Wir bitten gewählte oder beauftragte Amtsinhaber*innen oder Menschen, die andere staatliche Positionen innehaben, verantwortungsvoll führende und verwaltende Personen der Befugnisse und der Mittel zu sein, die ihnen anvertraut wurden. Wir rufen alle Staatsbeamten dazu auf, die höchsten Standards von Professionalität, Ehrlichkeit und Integrität anzustreben. Außerdem bitten wir alle Regierungen, Richtlinien und Praktiken anzunehmen, die Rechenschaft und Transparenz sicherstellen und so das öffentliche Vertrauen aufbauen und bewahren.

Wir lehnen den staatlichen Einsatz von Drohungen, Erpressungen, illegalen Verhaftungen, außergerichtlichen Tötungen und anderen Formen der Nötigung ab, die dazu dienen, die politische Opposition und den Widerstand gegen ungesetzliche oder unmoralische Regierungsrichtlinien oder Praktiken zum Schweigen zu bringen. Im Einklang mit internationalen Gesetzen und Regelungen protestieren wir vehement gegen die Ausübung von Folter, Sklaverei, Genozid, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression durch jegliche Regierung, und wir verlangen, dass in solchen Fällen die strengsten internationalen Sanktionen verhängt werden.

Auch wenn wir nicht glauben, dass Kirchen mit bestimmten politischen Parteien verbunden sein sollen, ermutigen wir Kirchen, zu sozialen Fragen mutig vom Evangelium her Stellung zu nehmen. Weiterhin glauben wir, dass Kirchen das Recht und die Verantwortung haben, ihre Mitglieder zu informieren und sie dazu auszurüsten, wirkungsvolle Fürsprecher*innen für Gerechtigkeit in der Welt zu sein.

B. Ziviler Ungehorsam

Wir unterstützen diejenigen, die sich aus Gewissensgründen oder aus religiöser Überzeugung und nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel gezwungen sehen, ungerechten und unmoralischen Gesetzen den Gehorsam zu verweigern und Protest einzulegen. Wir bitten diejenigen, die zivilen Ungehorsam ausüben, auf Gewalt zu verzichten und Würde und Wert aller Beteiligten zu wahren. Auch appellieren wir an alle Regierungsstellen, besonders die Polizei und alle anderen Institutionen, deren Aufgabe die öffentliche Sicherheit ist, für angemessene Ausbildung zu sorgen und mit Zurückhaltung vorzugehen und in einer Weise, die die Grundrechte schützt und psychischen und physischen Schaden bei denjenigen vermeidet, die zivilen Ungehorsam ausüben.

C. Opferorientierte Justiz

Die Evangelien legen besonderen Wert auf die Wiederherstellung von gerechten Beziehungen (Matthäus 18,15-20). Wenn Beziehungen durch Verbrechen oder Fehl-



verhalten beeinträchtigt oder zerstört wurden, ist solche Wiederherstellung von entscheidender Bedeutung. Deshalb bitten wir die Regierungen, Verfahren zu entwickeln, die eine opferorientierte Justiz betonen, die von den Menschen, die ein Verbrechen begangen haben, verlangt, dass sie für ihr Verbrechen Wiedergutmachung leisten, und die Opfern erlaubt, wenn sie das denn wollen, dem Täter oder der Täterin mitzuteilen, wie sie geschädigt worden sind. Opferorientierte Justiz möchte das Opfer und die Familie des Opfers in den Vordergrund stellen. Sie strebt danach, Schäden zu beheben, Unrecht wiedergutzumachen und dem Opfer und dem Täter oder der Täterin und den Familien und der Gemeinschaft Heilung zu verschaffen.

Wir bitten Gemeinden, Regierungen und Unternehmen, Resozialisierungsprogramme zu unterstützen, die denjenigen, die ein Verbrechen begangen haben, erlauben, Beratung, Bildung, Ausbildung, gemeinnützige Arbeit und andere Hilfe zu bekommen, damit sie voll integrierte Mitglieder der Gesellschaft werden. Wir ermutigen Bürger*innen, sich mit den örtlichen Vollzugsbehörden zusammenzutun, um Alternativen zu Praktiken zu finden, die Vergeltung statt Wiederherstellung betonen.

D. Die Todesstrafe

Unsere Verpflichtung zur angeborenen Würde und zum Wert jeder Person und unsere Haltung als evangelisch-methodistische Christ*innen bewegen uns dazu, die Todesstrafe und den Vollzug des Todesurteils abzulehnen.¹¹

Auf tragische Weise will die Todesstrafe den Verlust eines menschlichen Lebens mit der absichtlichen Vernichtung eines weiteren ausgleichen. Darüber hinaus trifft die Verhängung der Todesstrafe unverhältnismäßig oft Menschen, die in Armut leben, die wenig gebildet sind, die in marginalisierten ethnischen Gemeinschaften leben, oder Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen. Außerdem zeigen modernste Technologien, dass eine bedeutende Zahl von Menschen fälschlicherweise eines Vergehens für schuldig gesprochen wird. Solche Ungerechtigkeiten lassen uns die faire Anwendung der Todesstrafe und ihre Vereinbarkeit mit dem grundlegenden Recht auf Gleichbehandlung vor dem Gesetz in Frage stellen.

Aus diesem Grund rufen wir zur Abschaffung der Todesstrafe auf und drängen Einzelne und Gemeinden dazu, sich über die historische Haltung der Evangelisch-methodistischen Kirche und ihrer Vorgängerkirchen zu informieren. Ferner bitten wir Pastor*innen und Gemeinden, sich zu verpflichten, Dienst an denen zu tun, die Angehörige durch Gewaltverbrechen verloren haben, und Familien vorbehaltlos zu unterstützen, die zwischen den konkurrierenden Forderungen nach Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Heilung hin- und hergerissen sind.

¹¹ Adaption: Der Satz »The death penalty is a sentence of execution imposed upon a legally convicted individual« bleibt unübersetzt.

E. Strafrecht

John Wesley kämpfte unermüdlich für verbesserte Haftbedingungen. Einmal hat er über einen Zeitraum von neun Monaten 67-mal in verschiedenen Gefängnissen gepredigt. Er beklagte die erbärmlichen Zustände, unter denen die meisten Gefangenen zu seiner Zeit zu leiden hatten. In Bezug auf dieses Erbe bejahen wir rechtsstaatliche Prinzipien, die Garantie von bürgerlichen Freiheiten und Rechten sowie fairen Zugang zur Justiz für alle Menschen. Wir verurteilen diskriminierende Vollstreckung oder Machtmissbrauch aus Gründen von Stammeszugehörigkeit, ethnischer Herkunft, Muttersprache, Geburtsort, wirtschaftlicher Benachteiligung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Nationalität. Wir befürworten ein systematisches Monitoring von Vorurteilen und Voreingenommenheiten in allen Strafjustizsystemen. Schließlich unterstützen wir den Zugang zu kompetentem Rechtsbeistand für Menschen, die angeklagt oder wegen krimineller Taten verurteilt sind.

Wir meinen, dass Straftäter*innen für ihre kriminellen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, insbesondere für Handlungen, die zum Verlust des Lebens oder der Existenzgrundlage führen. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen, die Verbrechen vorbeugen, sie verhindern oder ganz eliminieren und mit denen gefährliche Straftäter*innen festgesetzt werden. Zwar bestehen wir auf Zurechenbarkeit, treten aber zugleich für faire und angemessene Strafurteile ein und für einen humanen Umgang mit denen, die ins Gefängnis kommen. Wir unterstützen mit Nachdruck Programme in den Gefängnissen, die auf die Rehabilitierung und Resozialisierung der Gefangenen zielen. Wir meinen nicht, dass Gefängnisse kommerziell betrieben werden sollen.

In unseren Gemeinden unterstützen wir Maßnahmen, die die eigentlichen Ursachen von Kriminalität ins Auge fassen wie Armut, einen Mangel an Bildungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten, Behandlung und Beratung bei Drogenmissbrauch, Dienstleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit und Berufsausbildung. Wir empfehlen Initiativen, die positive Begegnungen zwischen der Polizei und Menschen in der Gesellschaft fördern. Ferner ermutigen wir zu Anstrengungen, die Menschen, die aus der Haft entlassen wurden, wieder in die Gemeinschaft eingliedern wie etwa Angebote von Beschäftigungsmöglichkeiten und, wo angemessen, die Streichung aus dem Strafregister.

Wir ermutigen Kirchen, Dienst an den Gefangenen zu tun. Sie sollten sich für die Menschen einsetzen und auch für eine Reform des Strafjustizsystems. Als Menschen, denen vergeben worden ist, sollten Christ*innen das Stigma bekämpfen, mit dem Menschen, die im Gefängnis waren, oft behaftet sind. Wir begrüßen das Engagement vieler Methodist*innen mit Diensten im Gefängnis wie Gottesdienst, Bildung und Rehabilitierung.

F. Krieg und Militärdienst

Die Kirche beklagt Krieg und alle anderen Formen von gewaltsamen Konflikten und mahnt eine friedliche Beilegung aller Konflikte an. Wir sehnen uns nach dem Tag, an

dem es keinen Krieg mehr gibt und Menschen in Frieden und Gerechtigkeit zusammenleben.¹²

Wir lehnen Krieg als Werkzeug der Außenpolitik ab und bestehen darauf, dass alle friedlichen und diplomatischen Mittel der Konfliktlösung ausgeschöpft sein müssen, bevor zur Waffe gegriffen wird. In ähnlicher Weise lehnen wir die zunehmende Drohung mit einem Erstschlag ab, es sei denn, es kann gezeigt werden, dass er eine verhältnismäßige Reaktion zur Begrenzung des Verlusts von Menschenleben ist oder dass er nur als Antwort auf eine klare und unmittelbare Gefahr für Menschenleben ausgeübt wird. Wir sind betrübt, dass in einer Welt, in der so viele in Armut leben, Regierungen damit fortfahren, umfangreiche Ressourcen der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen zu widmen. Wir sind besonders bekümmert über die Ausbreitung von Atomwaffen und rufen nicht nur zu einem Produktionsstopp, sondern zu ihrer vollständigen Eliminierung auf.

Christ*innen haben mit der Frage des Krieges seit den Tagen Jesu gerungen. Manche Christ*innen haben historisch argumentiert, dass Krieg und andere Gewaltanwendung niemals akzeptabel sind, während andere behauptet haben, dass Waffengewalt zur Selbstverteidigung oder zum Schutz Unschuldiger manchmal unvermeidlich ist oder um ungebremste Aggression, Tyrannei und Genozid zu verhindern.

Wir bitten alle Methodist*innen, das eigene Gewissen zu erforschen und aufrichtig Gottes Führung zu suchen, wenn es um den Militärdienst geht. Voller Respekt bieten wir denen Unterstützung an, die aus persönlicher Überzeugung den Militärdienst wählen, und bitten sie, ihre Pflichten im Einklang mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens und in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Genfer Konvention erfüllen.

Ebenso respektieren und unterstützen wir das Zeugnis von Pazifist*innen, deren Gewissen und deren religiöse Überzeugungen sie daran hindern, im Militär zu dienen, oder sie zwingen, sich nicht am Kriegsgeschehen zu beteiligen. Die Wurzeln solcher pazifistischer Überzeugungen sind in der Geschichte der Evangelisch-methodistischen Kirche und ihrer Vorgängerkirchen wohlbekannt. Wir lehnen die Zwangswehrpflicht ab und bitten Regierungen, diese Praxis abzuschaffen und stattdessen denen, die sich gegen den Militärdienst entscheiden, zu erlauben, einen Zivildienst zu absolvieren oder auf anderen kreativen Wegen ihren Beitrag zu leisten.

Als Kirche verpflichten wir uns, alle Menschen bei ihrer Suche nach dem besten Weg zu unterstützen, Jesu gewaltloses Beispiel im eigenen Leben zu verwirklichen. Die Kirche unterstützt und begleitet diejenigen, die Militärdienst leisten, die Wehrdienstverweigerer, die Veteranen, die mit physischen, psychischen, seelischen oder moralischen Schäden leben müssen, und die Familien von Menschen, deren Leben vom

¹² Adaption: Es wird hinzugefügt: »Wir halten an der Erkenntnis fest, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll.« (Aus der Erklärung der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1948, Amsterdam.)

Militärdienst betroffen ist. Wir fordern die Kirche dazu auf, sich systematisch für Gerechtigkeit für Menschen einzusetzen, die vom Krieg betroffen sind, und für sie zu arbeiten und sich in globalen und lokalen Konflikten für Friedensgespräche und gewaltfreie Konfliktbearbeitung auszusprechen.

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Wir erklären, dass jedem einzelnen ohne Rücksicht auf die Umstände seines Lebens oder seine soziale Stellung Grund- und Bürgerrechte zustehen. Diese Rechte gründen in Gottes gnädigem Akt der Schöpfung (Genesis 1,27) und sind vollständig in Jesu Inkarnation der Liebe Gottes offenbart worden. Als Kirche wollen wir daran arbeiten, diese Grund- und Bürgerrechte innerhalb der Kirche zu schützen und die Strukturen der Gesellschaft so zu reformieren, dass jeder Mensch gut leben kann.

Wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen wichtigen internationalen Abkommen dargelegt, schließen die Grund- und Bürgerrechte das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit ebenso ein wie Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit vor unrechtmäßiger Inhaftierung. Weitere Freiheitsrechte sind das Recht auf faire Verfahren, Privatsphäre, Versammlung, Meinungsfreiheit, Demokratie, Nahrung und Obdach. Ferner haben Arbeitnehmer*innen das Recht, sich in Tarifverhandlungen zu engagieren, eine gerechte Bezahlung zu bekommen und in einer sicheren und gesunden Umgebung zu arbeiten.

Rechte hängen mit Pflichten zusammen. Wir bitten Einzelne, Gemeinden und andere kirchliche Institutionen, nicht nur kraftvoll für die eigenen Rechte einzutreten, sondern auch für die Rechte derer, die keine Stimme haben oder deren Stimme in der Gesellschaft nicht gehört wird. Regierungen müssen für die Garantie von Grund- und Bürgerrechten für verantwortlich erklärt werden. Zu diesen Verantwortlichkeiten gehört die Sicherstellung des Zugangs zu erschwinglicher und hochwertiger Bildung für alle Menschen, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, wirtschaftliche Lage oder ein anderes diskriminierendes Merkmal.

Wir verurteilen alle Versuche, Einzelnen Grund- und Bürgerrechte zu verweigern oder Menschen ihre angeborene Würde und ihren Wert zu nehmen. Deshalb verwerfen wir sowohl in der Kirche als auch in der Gesellschaft im Allgemeinen jeglichen Akt von Diskriminierung, Hass oder Gewalt, der sich gegen Einzelne richtet oder gegen Gruppen aufgrund von Nationalität, Stammeszugehörigkeit, ethnischer Herkunft, Alter, Geschlechtsidentität, Behinderung, wirtschaftlicher Lage, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder anderen Faktoren. Darüber hinaus rufen wir angesichts des geschichtlichen Unrechts, verübt an indigenen Völkern, versklavten afrikanischen Völkern und anderen marginalisierten Gruppen, zu offenem Geständnis und Reue auf, sowie zu konkreten Reparationsleistungen, um vergangene und jetzige Formen sozialer Ungerechtigkeit wiedergutzumachen.

A. Gesundheitsversorgung

Wir bekräftigen, dass Gesundheitsversorgung ein grundlegendes Menschenrecht ist, und versprechen, für einen erweiterten Zugang zu allen Formen medizinischer Versorgung zu arbeiten, einschließlich präventiver, therapeutischer und palliativer Versorgung. Der Hälfte der Weltbevölkerung fehlt es an einem Zugang zu medizinischer Versorgung, und eine wachsende Zahl von Menschen, die Zugang haben, erleben für sich und ihre Angehörigen steigende Ausgaben für die Medizin, die sie in die Armut treiben. Um diesen schmerzhaften Realitäten zu begegnen, bitten wir Methodist*innen, sich an Bestrebungen zu beteiligen mit dem Ziel, Systeme zu schaffen, die eine umfassende Gesundheitsvorsorge für alle zur Verfügung stellen. Darüber hinaus meinen wir, dass jede*r das Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen hat, einschließlich ausreichend Nahrung und Wasser, sicheres Wohnen und eine gesunde Umwelt.

Gesundheitsversorgung als Menschenrecht bedeutet auch, dass Kliniken, Krankenhäuser und medizinische Dienste und Behandlungen zugänglich, erschwinglich und von guter Qualität sein müssen. Sie müssen zur Verfügung stehen, wann und wo sie gebraucht werden, und müssen auf fairer Basis angeboten werden. Wir rufen Regierungen, Unternehmen, Kirchen und die Zivilgesellschaft dazu auf, gemeinschaftlich sicherzustellen, dass jeder Mensch Zugang zu medizinischen Diensten und Behandlung hat.

Darüber hinaus rufen wir nationale Regierungen und internationale Gesundheitsorganisationen sowie medizinische Gruppen dazu auf, gemeinschaftlich und zügig globale Pandemien wie HIV/AIDS und Ausbrüche von Seuchen anzugehen, die die Gesundheit und das Wohlergehen von ganzen Ländern und Regionen bedrohen. Als Kirche unterstützen wir weitere Maßnahmen und Initiativen, um die Gesundheit der Menschen zu verbessern, wie Investitionen in Präventivmedizin, gesunde Ernährung, fortdauernde Forschung in der Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten, vor- und nachgeburtliche Versorgung und bei Drogenmissbrauch Behandlung auf Verlangen. Wir werben für Gemeinden, die auf lokaler Ebene im Bereich der Gesundheitsversorgung arbeiten.

B. Kinder und Jugend

Wir rufen Kirche und Gesellschaft dazu auf, das Wohlergehen aller Kinder und Jugendlichen sowie ihre Sicherheit, Begleitung, Handlungsfähigkeit, Bildung und Teilnahme an kirchlichem und gemeinschaftlichem Leben zu unterstützen und dafür einzutreten. Wir verurteilen die zerstörerischen Praktiken von Vernachlässigung, Missbrauch, Entführung, Ausbeutung, Menschenhandel, Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten und Inhaftierung. Wir erkennen, dass die Verursacher*innen von Missbrauch oder Gefährdung meist in Machtpositionen sind. Wir halten sie für verantwortlich für ihre Taten, ob sie Eltern und Familie, Lehrer*innen, Geistliche oder kirchliche oder öffentliche Führungspersonen sind. Wir rufen die Kirche dazu auf, sich entschieden gegen die Festnahme von Kindern zu stellen, und wir stellen Richtlinien in Frage, die jungen Menschen Grundrechte verwehren oder sie diskriminieren wegen Geschlecht, ethnischer Herkunft, Fähigkeiten, wirtschaftlicher Situation, sexueller Orientierung, Auf-

enthaltensstatus, Religion oder Nationalität. Schließlich bitten wir Personen in Autoritäts- oder Machtpositionen, junge Menschen zu unterstützen, sie in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und sie ihre Gaben auf allen Ebenen von Kirche und Gesellschaft beitragen zu lassen.

C. Ältere Menschen und das Altern

Ältere Menschen haben viele Gaben weiterzugeben. Wir rufen die Kirche, Regierungen und zivile Institutionen dazu auf, ihnen Möglichkeiten zu geben, weiterhin an der Menschheitsfamilie teilzuhaben und einen Beitrag zu Gottes Werk in der Welt zu leisten. Ältere Menschen haben auch das Recht auf Unterstützung und Schutz vor den Verletzlichkeiten des Älterwerdens, wie wirtschaftlicher Ungleichheit, ungerechtem Erbrecht, ungenügender öffentlicher Gesundheitsversorgung und systematischer Vernachlässigung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Fähigkeiten und wirtschaftlicher Lage.

Wir drängen die Kirche, Regierungen und die Zivilgesellschaft dazu, gesellschaftliche Regelungen und Programme zu entwickeln und zu verwirklichen, die für die Bedürfnisse und Rechte älterer Menschen sorgen. Wir unterstützen gesellschaftliche Regelungen, die ältere Menschen in die Gesellschaft integrieren und Ressourcen für ihr Wohlergehen garantieren wie nicht-diskriminierende Beschäftigungsmöglichkeiten, Möglichkeiten zu Bildung und Dienst, Zugang zu medizinischer Versorgung und Wohnen, Schutz vor wirtschaftlicher und psychischer Ausbeutung und Seniorenbetreuung von hoher Qualität aus der öffentlichen Hand. Wir bejahen die Selbstbestimmung von älteren Menschen, ob sie allein, in Familien oder in Einrichtungen leben, und wir verurteilen Verstöße gegen ihre Lebensqualität durch unnötige Medikation oder die Einschränkung ihrer Teilhabe an der Gesellschaft oder ihres Handlungsspielraums.

D. Frauen und Mädchen

Wir bejahen, dass die Gaben von Frauen und Mädchen für Gottes Schöpfung lebenswichtig sind und wichtige Beiträge für Kirche und Gesellschaft erbringen. Wir fördern Chancengleichheit und gleiche Rechte für alle Frauen und Mädchen ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, Hautfarbe, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Religion, körperliche Fähigkeiten oder andere Merkmale.

Um diese Rechte sicherzustellen, bitten wir Kirchen, Regierungen und gesellschaftliche Einrichtungen inständig, gleichberechtigte Strukturen und Regelungen zu entwickeln und Wert, Weisheit und Sorgen von Frauen anzuerkennen. Alle Frauen haben das Recht auf gleiche Bildungschancen, Schutz ihrer Körper, Gerechtigkeit in Fortpflanzungsfragen, elterliche Rechte und Verantwortlichkeiten, Arbeit und faire Bezahlung, Lohn und Beförderung.

Wir bejahen Würde und Wert aller Frauen und Mädchen und bitten die Kirche, Regierungen und gesellschaftliche Einrichtungen, ihr Führungspotential zu fördern, ihre Möglichkeiten zu verbessern und ihre Führungskraft in allen Bereichen des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens wahrzunehmen. Wir bitten dieselben Einrich-



tungen, ihr Recht sicherzustellen, frei von geschlechtsspezifischen Erwartungen zu leben, die ihre volle Entwicklung als Menschen begrenzen, und frei zu sein von Belästigung, Diskriminierung, Gewalt, Missbrauch zu Hause oder bei der Arbeit, Menschenhandel und anderen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt zu jeder Zeit und überall. Mit allergrößtem Nachdruck bitten wir die Kirche und alle politischen und zivilen Einrichtungen, Regelungen einzuführen, die die Stellung und die Rolle von Frauen und Mädchen in allen Facetten des Lebens fördern und schützen, damit sie gut leben und ihre Gaben zum Wohlergehen der Gesellschaft erbringen können.

E. Männer und Jungen

Wir bejahen, dass Männer und Jungen wichtige Beiträge für Kirche und Gesellschaft erbringen. Wir fördern Chancengleichheit für alle Männer und Jungen, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, Hautfarbe, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Religion, körperlichen Fähigkeiten oder andere Merkmale.

Um Rechte, Chancen und Schutz zu sichern, bitten wir Kirchen, Regierungen und gesellschaftliche Einrichtungen, faire Strukturen und Regelungen zu entwickeln, die sicherstellen, dass Würde und Wert aller Männer und Jungen anerkannt und bejaht werden. Ferner rufen wir dazu auf, die Rechte von Männern und Jungen in Bildung, Arbeit, Bezahlung und Beförderung und elterlichen Rechten und Verantwortlichkeiten zu schützen.

Wir bejahen die Rechte von Männern und Jungen, frei von Belästigung, Gewalt, Diskriminierung, Missbrauch zu Hause oder bei der Arbeit, Menschenhandel und geschlechtsspezifischen Erwartungen zu leben, die ihre volle Entwicklung als Menschen begrenzen. Wir ermutigen dazu, das Führungspotential von Männern und Jungen zu fördern, damit sie gut leben und ihre Gaben zum Wohlergehen der Gesellschaft erbringen können.

F. Indigene Gemeinschaften

Wir unterstützen die Rechte indigener Gemeinschaften und bejahen, dass ihnen wie allen anderen Menschen die Grundrechte zustehen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgesetzt sind. Wir verurteilen Fälle von Genozid an indigenen Völkern und verlangen, dass Regierungsvereinbarungen und Regierungsverträge mit indigenen Völkern eingehalten und durchgesetzt werden.

Mit indigenen Völkern und Stämmen stimmen wir in der Forderung überein, dass die Rechte zur Ausübung ihrer nationalen Souveränität von Regierungen und Gerichten aufrechterhalten werden. Wir unterstützen die Anstrengungen indigener Völker, ihre Sprachen und Kulturen wiederzubeleben angesichts aller Bemühungen, sie den Mainstream-Gesellschaften zu assimilieren. Wir erkennen das Recht indigener Völker an, ihr Land, ihr Wasser und ihre anderen Ressourcen zu kontrollieren, und wir prangern alle Versuche an, diese Ressourcen unter Zwang zu beschlagnahmen oder indigene Völker mit Zwang aus ihren Gebieten zu vertreiben.

G. Migration, Einwanderung und Flucht

Wir bejahen die Würde, den Wert und die Rechte von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Geflüchteten, einschließlich vertriebener und staatenloser Menschen. Indem wir das tun, erkennen wir an, dass die Welt heute einer beispiellosen Krise gegenübersteht, die durch die Vertreibung einer großen Zahl von Menschen aufgrund von Kriegen und anderen Feindseligkeiten, von ausländischen Interventionen, weitverbreiteter Hungersnot, Erderwärmung und Klimawandel und durch das Versagen von Nationalstaaten, ihre Bevölkerung angemessen zu schützen und zu versorgen, ausgelöst wurde.

Wir erkennen, dass vertriebene Menschen besonders verletzlich sind, denn ihr uneindeutiger Status lässt sie mit wenig Schutz- und Sozialleistungen allein, so dass sie Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch ausgesetzt sind. Wir bitten alle Methodist*innen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete in ihren Gemeinden willkommen zu heißen und sich zu verpflichten, ihnen konkrete Unterstützung unter anderem dabei anzubieten, sich im Dickicht der restriktiven und oft langatmigen Einwanderungsrichtlinien zurechtzufinden, und sie bei praktischen Dingen wie Ernährung, Wohnen, Bildung und Arbeit und anderem zu unterstützen.

Wir lehnen alle Gesetze und Richtlinien ab, die versuchen, vertriebene Einzelne und ihre Familien aufgrund ihres Status' als Menschen mit Migrationsgeschichte oder Geflüchtete zu kriminalisieren, zu entmenschlichen oder zu bestrafen. Ebenso prangern wir alle Versuche an, vertriebene Menschen zu inhaftieren und sie unter menschenunwürdigen und unhygienischen Bedingungen festzuhalten. Wir stellen Richtlinien in Frage, die sich für die Trennung von Familien – besonders bei minderjährigen Kindern von ihren Eltern – aussprechen, und wir sind gegen die Einrichtung von kommerziellen Lagern für diesen Zweck.

H. Menschen mit Behinderungen

Wir bejahen die volle Humanität von Menschen mit Behinderungen und erkennen ihre Gaben an. Wir rufen dazu auf, Barrieren abzubauen, die Menschen mit Behinderungen davon abhalten, ganz am Leben von Gemeinden und der Gesellschaft im Allgemeinen teilzuhaben. Obwohl kein bestimmter Ausdruck allgemeine Akzeptanz in unserer globalen Gemeinschaft gefunden hat, bezieht sich »Menschen mit Behinderung« auf eine größere Gruppe von Menschen, die mit unterschiedlichen kognitiven, körperlichen, entwicklungsmäßigen, sinnesbezogenen, neurologischen, intellektuellen und psychischen Zuständen und Herausforderungen leben.

Wir beklagen, dass die Kirche Menschen mit Behinderungen oft stigmatisiert und diskriminiert hat, indem sie sie mit Begriffen mit negativen Konnotationen belegt und es versäumt hat, im kirchlichen Leben Raum für die ganze Vielfalt von Gottes Volk zu schaffen, und Worte wie »blind«, »lahm« und »taub« abwertend verwendet hat. Aus diesem Grund werden Menschen mit Behinderungen oft übergangen und unterschätzt, sowohl in der Kirche als auch in der Zivilgesellschaft. Als Reaktion darauf rufen wir die Kirche auf, Buße zu tun, mit Ernsthaftigkeit zuzuhören und gemeinsam



mit Menschen mit Behinderungen Dienst zu tun, damit sie ihre Weisheit und ihre Gaben in die Mission und den Dienst der lokalen Gemeinden und anderer Kirchen-
gruppen einbringen können.

Ebenso rufen wir die Zivilgesellschaft, Unternehmen und Regierungsmitglieder dazu auf, die Abschaffung aller Barrieren anzustreben und Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, damit sie ihren einzigartigen Beitrag zur Gesellschaft erbringen können. Wir verlangen den Schutz der Rechte für alle Menschen mit Behinderungen, einschließlich der Rechte auf Gesundheitsversorgung, Arbeit, Bildung, Wohnen, Transport und Freiheit von Diskriminierung.

I. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten

Weil alle Menschen von heiligem Wert sind und weil grundlegende Menschenrechte jedem zustehen, sind wir verpflichtet, gleiche Rechte, Freiheitsrechte und Schutz für alle Menschen ohne Rücksicht auf sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität einzufordern. Wir betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, dass Rechtsansprüche auf materielle Ressourcen bei Vormundschaften oder gegenseitigen Vollmachten und die Gleichheit vor dem Gesetz von der sexuellen Orientierung oder der Genderidentität betroffener Personen unberührt bleiben.¹³ Weil in vielen Ländern sexuell und geschlechtlich begründete Minderheiten überproportional oft von gesellschaftlichen Stigmata, Diskriminierung, Nötigung und Gewalt betroffen sind, rufen wir Kirchen, Regierungen, Unternehmen und gesellschaftliche Einrichtungen dazu auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, solche ungerechte Behandlung zu bekämpfen und gleiche Rechte und gleichen Schutz für alle zu fördern.

J. Religiöse Minderheiten

Wir bejahen das Recht religiöser Minderheiten, ihre Gottesdienste in Frieden zu feiern und ihre Religion frei von Angst vor Diskriminierung oder Verfolgung auszuüben. Wir verurteilen Handlungen von Einzelnen, Gruppen oder Organisationen, die Menschen verleumden oder erniedrigen, die einer anderen Religion angehören. Als Christ*innen halten wir solche Einstellungen und Handlungen für unvereinbar mit Jesu Ermahnung, die Nächsten zu lieben.

Wir bitten Regierungen, Unternehmen, Kirchen und andere Einrichtungen der Zivilgesellschaft, abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um die Rechte aller religiösen Menschen zu schützen und zu erhalten. Wir sind gegen jegliche Form von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten, auch gegen Gesetze, die religiöse Kleidung und Symbole verbieten, und gegen Aussagen öffentlicher Personen, die zu Intoleranz, Hass und Gewalt aufhetzen. Wir fordern eine verantwort-

13 Adaption des Satzes: »We see clear issues of equality and justice in protecting the rightful claims of those with shared material resources, pensions, guardian relationships, mutual powers of attorney, and other lawful claims typically attendant to contractual relationships that involve shared contributions, responsibilities and liabilities, and equal protection before the law.«

tungsvolle Berichterstattung über Religionen und verurteilen die Verbreitung von Stereotypen und Unwahrheiten über religiöse Minderheiten.

Wir unterstützen die Rechte aller religiösen Menschen, ihren Glauben frei von ungerechtfertigten und überflüssigen gesetzlichen, politischen oder finanziellen Einschränkungen zu praktizieren. Ebenso unterstützen wir das Recht von Einzelnen, eine eigene Religion zu wählen, und lehnen Versuche ab, Menschen einen bestimmten Glauben aufzuzwingen oder sie unter Druck zu setzen oder zu manipulieren, einer religiösen Tradition beizutreten oder darin zu bleiben, wenn sie sich schon entschieden hatten, sich davon zu lösen. Individuelle religiöse Glaubensüberzeugung darf nicht dazu missbraucht werden, grundlegende Menschenrechte zu verwehren.



UNSER SOZIALES BEKENNTNIS

Wir glauben an Gott, den Schöpfer der Welt,
und an Jesus Christus, den Erlöser alles Erschaffenen,
und an den Heiligen Geist, durch den wir Gottes Gaben erkennen.

Wir bekennen,
diese Gaben oft missbraucht zu haben,
und bereuen unsere Schuld.

Wir bezeugen,
dass die natürliche Welt Gottes Schöpfungswerk ist.
Wir wollen sie schützen und verantwortungsvoll nutzen.

Wir nehmen dankbar die Möglichkeiten menschlicher Gemeinschaft an.

Wir setzen uns ein
für das Recht jedes Einzelnen auf sinnvolle Entfaltung in der Gesellschaft.

Wir stehen ein
für das Recht und die Pflicht aller Menschen,
zum Wohl des Einzelnen und der Gesellschaft beizutragen.

Wir stehen ein
für die Überwindung von Ungerechtigkeit und Not.

Wir verpflichten uns
zur Mitarbeit am weltweiten Frieden
und treten ein für Recht und Gerechtigkeit unter den Nationen.

Wir sind bereit,
mit den Benachteiligten unsere Lebensmöglichkeiten zu teilen.
Wir sehen darin eine Antwort auf Gottes Liebe.

Wir anerkennen Gottes Wort
als Maßstab in allen menschlichen Belangen jetzt und in der Zukunft.

Wir glauben
an den gegenwärtigen und endgültigen Sieg Gottes.
Wir nehmen seinen Auftrag an,
das Evangelium in unserer Welt zu leben.

Amen.

Das hier abgedruckte Soziale Bekenntnis entspricht der liturgischen Fassung, wie sie im aktuellen deutschsprachigen Gesangbuch der Evangelisch-methodistischen Kirche in der Ausgabe von 2002 zu finden ist. An wenigen Stellen weicht der Wortlaut von der in der Generalkonferenz derzeit gültigen englischen Fassung ab.

In der letztgültigen deutschsprachigen Ausgabe der Verfassung, Lehre und Ordnung der Evangelisch-methodistischen Kirche aus dem Jahr 2022 wird das Soziale Bekenntnis als Artikel 166 gezählt (Seite 98). Dort wird auch empfohlen, dass »diese Erklärung der Sozialen Grundsätze den Christinnen und Christen in der Evangelisch-methodistischen Kirche ständig zur Verfügung steht und dass sie regelmäßig in jeder Gemeinde zur Sprache kommt«. Außerdem wird empfohlen, das Soziale Bekenntnis »häufig im Sonntagsgottesdienst« zu verwenden.

Soziale Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche



Neufassung 2024. Angenommen bei der Tagung der Generalkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Charlotte (North Carolina, USA) im Mai 2024.